

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Solon-
 gelte oder deren Raum 40 Pf. Für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist am Nachmit-
 tags bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. Dezember 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Verfassung und Regierung in Preußen.

Ein feinsinniger englischer Diplomat schrieb in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts — wir empfehlen Herrn v. Bülow die Aufnahme dieses Citats in seinen Saty: „Die preussische Bureaucratie konnte zu keiner schöpferischen Körperschaft werden, aber sie führte die Arche des Steinischen Reformensicher durch die reaktionäre Flut, wenn nicht in das verheerete Land, doch in ein Land voll Verheerungen; denn dies ist in der Hauptsache der Charakter der Verfassung von 1850, des nächsten großen Abschnittes in der Geschichte organischer Reformen in Preußen, in welcher erstamlich viel verheerend wird... aber weiterhin heißt es dann immer, daß erst bei einer künftigen Gelegenheit Gesetze zur Verwirklichung dieser excellenten Principien gemacht werden sollen, und bis dahin müsse alles beim alten bleiben.“

Ein Blick auf die Verfassung von 1850 und die Zeit von mehr als einem halben Jahrhundert, die seit ihrer Octroyierung (Aufzwingung) verfloßen, zeigt, wie berechtigt dieser Spott über die politischen Verhältnisse des größten deutschen Bundesstaates ist, die erst die Reaktion im Reiche möglich machen. Gerade im Zeichen des Grafen Bülow ist auch Deutschland das Reich der leeren Verheerungen und der ewigen Provisorien.

Wir zählen der Reihenfolge der Verfassungsurkunde folgend, die verheerenden Gesetze auf:

Art. 17. „Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen.“

Bisher fehlt ein solches Gesetz.

Art. 19. „Die Einführung der Civilehe erfolgt nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes, das auch die Führung der Civilstandsregister regelt.“

Dieses Gesetz erging am 9. März 1874; es war allerhöchste Zeit, denn schon am 6. Februar 1875 wurde es durch das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung abgelöst.

Art. 26 bestimmt: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.“

Noch heute fehlt ein solches Gesetz auf diesem wichtigsten Gebiete in Preußen.

40 Jahre dauerte es, bis der erste, absolut untaugliche Versuch gemacht wurde, wenigstens ein Volksschulgesetz zu stande zu bringen. Im Jahre 1892 wurde der Jedlitzsche Entwurf, der dem Hofkanzler von 1890 gefolgt war, durch die Empörung der weitesten Volksschicht fortgesetzt. Seit zehn Jahren ist nichts mehr in der Angelegenheit geschehen.

Art. 31 verheißt: „Die Bedingungen, nach welchen Korporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.“ Der Kommentar bemerkt: „Da dieses Gesetz noch nicht erlassen ist, gelten die bisherigen Vorschriften. In einigen Fällen sind durch die Reichs- und Landesgesetzgebung Korporationsrechte generell erteilt worden: so den Aktiengesellschaften.“

Art. 61 lautet: „Die Minister können durch den Beschluß einer Kammer wegen des Verstoßens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verrates angeklagt werden... Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besonderen Gesetz vorbehalten.“

Ganz richtig sagt Arndt: „Da das in Abs. 2 vorbehaltene Gesetz noch nicht erlassen ist, so kann die in Art. 61 den Kammern eingeräumte Befugnis bis auf weiteres nicht ausgeübt werden.“

Art. 72. „... Das nähere über die Ausföhrungen der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz...“ Art. 115 fügt hinzu: „Bis zum Erlasse des im Art. 72 vorgesehenen Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849... in Kraft.“

Noch ist das Wahlgesetz nicht erlassen; nach der „provisorischen“ Verordnung von 1849 hat das preussische Volk soeben wieder „seine“ Vertreter „gewählt“.

Art. 98. „Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden...“

Richtig bemerkt dazu der Kommentator: „Ein allgemeines Beamtengesetz fehlt in Preußen.“ Das Gesetz betreffend die Dienstvergehen der nichtrichtlichen Beamten (Disciplinargesetz) kann nicht gemeint sein; bestimmte doch Art. 117: „Auf die Ansprüche der vor Verklündigung der Verfassungsurkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdiener-Gesetz besondere Rücksicht genommen werden.“ Dieses Gesetz ist eben nicht erlassen; die alten Herren, auf die „besondere Rücksicht genommen werden“ sollte, sind wohl alle bereits im Jenfernd!

Art. 105 enthielt neben dem Versprechen, daß „die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen des preussischen Staates durch besondere Gesetze bestimmt“ werden sollte, die Zusage, daß diese Bestimmung unter Festhaltung einer Reihe aufgeführter Grundsätze erfolge sollte.

Schon im Jahr 1853 bereitete man sich, die aufgestellten Grundsätze aus der Verfassung zu streichen — aber erst fast ein Vierteljahrhundert nach dem Versprechen der Verfassung erging als erstes Verwaltungsrecht im Sinne des Artikel 105 die Kreisordnung.

Haben wir so in acht Artikeln der Verfassung Verheißungen gefunden, von denen bisher nur zwei und zwar sehr spät erfüllt wurden, während sechs, darunter die so außerordentlich wichtigen der Unterrichts-Gesetzgebung und des Wahlgesetzes noch nach mehr als einem halben Jahrhundert der Erfüllung harren, so ist es nicht minder interessant zu sehen, welche Eile man hatte, eine ganze Reihe von Bestimmungen der Verfassung schleunigst wieder zu beseitigen.

Wenn man bedenkt, daß es sich nicht einmal mehr um die eigentliche octroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 handelte, sondern um die selbst gegen sie nach stark rückwärts revidierte vom 31. Januar 1850, so leuchtet die Unverschämtheit der Reaktion um so klarer hervor.

In Art. 4 der Verfassung hieß es und heißt es wunderbarerweise noch heute: „Standesvorrechte finden nicht statt“; aber schon am 10. Juni 1854 erging die sogenannte „Deklaration“, die die Wiederherstellung der wichtigsten Standesvorrechte durch königliche Verordnung ermöglichte. Mit den Beteiligten wurden in den folgenden Jahren sogenannte Reccessen abgeschlossen, bis endlich durch die Gesetze vom 25. Oktober 1878 die Sache zum Abschluß kam. Arndt, ein höchst reaktionärer Staatsrechtslehrer, bemerkt: „Die Reccessen und die Ges. vom 25. Oktober 1878 stellen die Rechte im allgemeinen in dem Umfange wieder her, welcher der... Instruktion vom 30. Mai 1820 entspricht.“

Art. 40 untersagte die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen. „Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommissen sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigentum umgestaltet werden.“ Das paßte den hohen Herren ganz und gar nicht; bereits durch Gesetz vom 5. Juni 1853 wurde der Art. 40 auf die Lehen beschränkt. Die Rikwirtschast mit den Fideikommissen dauerte nicht nur ungestört fort, sondern greift noch heute mächtig weiter um sich.

Art. 42 hob unter Nr. 1 auch die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt auf. Die Gemeinde-Ordnung vom 11. März 1850 wollte diese Bestimmung zur Wirklichkeit werden lassen, aber bereits am 10. Juni 1852 wurde diese Landgemeinde-Ordnung „durch allerhöchsten Erlaß stilltzt“ und durch die Gesetze vom 14. April 1856 der alte Zustand wiederhergestellt! Erst 1872 wurden die Verhältnisse durch die Kreisordnung von 1872 geregelt; aber noch heute ist der Gutsbesitzer auch Gutsvorsteher mit den Rechten des Gemeindevorstehers und, wenn sein Gutsbezirk einen selbständigen Amtsbezirk bildet, auch Amtsvorsteher, ohne daß ihm in dieser oder jener Eigenschaft eine Gemeindevertretung oder ein Amtsausschuß zur Seite steht.

Art. 65 hatte für die erste Kammer außer den geborenen Mitgliedern und einer kleinen Anzahl vom König zu ernennender 120 aus Wahlen auf 6 Jahre hervorgehend angeordnet. Bereits am 7. Mai 1853 erging das Gesetz, wodurch das Herrenhaus in seiner jetzigen Gestalt geschaffen worden — den Namen erhielt es 1855 —; selbst von den mit der äußersten Rückständigkeit umgebenen Wahlen war nicht mehr die Rede.

Art. 94 bestimmt, daß für alle Freivergehen, so weit sie das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt, Geschworenengerichte zuständig sein sollten. Durch Gesetz vom 21. Mai 1852 wurden sämtliche Freivergehen den Strafgerichten ohne Geschworene zugewiesen. Und als 1877 die vielgerühmte einheitliche deutsche Gerichtsverfassung eingeführt wurde, da ließ man zwar den andern Staaten die Schwurgerichte für Freivergehen; aber im Interesse des rückständigen Preußen wurde die Einheit durchbrochen und die landesgesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiet aufrechterhalten.

Art. 95 der Verfassung von 1850 ließ die Möglichkeit zu, für politische Verbrechen ein besonderes Schwurgericht auf dem Wege der Gesetzgebung zu schaffen; bis dahin sollten selbstverständlich alle politischen Verbrechen, wie die Verbrechen überhaupt, von den ordentlichen Schwurgerichten abgeurteilt werden. Das Verfassungsänderungs-Gesetz vom 21. Mai 1852 hob den Artikel 95 auf und wiederholte dessen Bestimmungen in seinem Artikel 3 mit der Abänderung, daß der in Rede stehende Gerichtshof kein Schwurgerichtshof sein solle. Darauf wurde durch Gesetz vom 25. April 1853 das Kammergericht zu Berlin zum Staatsgerichtshof für die Untersuchung und Entscheidung aller Staatsverbrechen bestellt — eine Einrichtung, so sagt das lebenslängliche Mitglied des preussischen Herrenhauses und Kronsyndikus Professor von Schulze-Gävernitz (jetzt verstorben), eine Einrichtung, welche in der Zeit einer charakterlosen Reaktion zwar verfassungsmäßig zu stande gekommen, dennoch mit dem Geiste der konstitutionellen Staatsordnung in schroffstem Widerspruch stand.“ Das Gesetz von 1853 wurde noch 1867 auf die neuen Provinzen übertragen; erst das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 machte von Reichswegen diesem „mit dem Geiste der konstitutionellen Staatsordnung in schroffstem Widerspruch stehenden Zustand“ in Preußen ein Ende.

Wollen wir aber diese „immer weiter gehende Durchlöcherung der an sich schon so schupflosen Verfassung“ voll würdigen, so müssen wir uns das Zustandekommen der Verfassung selbst vergegenwärtigen. Ohne alle jene schändlichen Rechtsbrüche im einzelnen zu gesehen, wollen wir nur die wichtigsten Daten aus den Tagen hervorheben, die der Märzrevolution folgten. Ihre Sprache ist deutlich genug.

20. Mai 1848. Der Nationalversammlung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen aber indirekten Wahlrechts gewählt worden war, um „die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen“, geht durch königliche Postkraft ein Verfassungsentwurf zu. Die von der Versammlung eingesetzte Kommission schlägt eine Reihe von Änderungen vor.

8. November 1848. Der Sig der Nationalversammlung wird durch königliche Postkraft entgegen dem Willen der Mehrheit nach Brandenburg verlegt, die Versammlung bis zum 22. November verlagert und die wiedertzusammengetretenen am 5. Dezember aufgelöst.

5. Dezember 1848. Am Tage der Auflösung der Nationalversammlung wird in der Gesessammlung die „Verfassungs-urkunde“ veröffentlicht, die nicht einmal den Beschläßen der Kommission der Nationalversammlung Rechnung trägt. (Octroyierte Verfassung.)

6. Dezember 1848. Der König erläßt zwei Wahlgesetze; dasjenige für die zweite Kammer erhält das allgemeine, gleiche, geheime aber indirekte Wahlrecht aufrecht.

26. Februar 1849. Die neuen Kammern treten zusammen; sie erkennen alsbald die octroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 als Staatsgrundgesetz an und beginnen die ihnen vorbehaltene Revision derselben.

27. April 1849. Die zweite Kammer wird aufgelöst.

30. Mai 1849. Der König erläßt eine neue Wahlordnung, die noch heute maßgebende Verordnung, das „widerrinnigste, elendeste“ aller Wahlsysteme enthaltend.

7. August 1849. Die so zu stande gekommene Kammer erkennt die Verordnung vom 30. Mai 1849 als gesetzlich an, der sie ihre Wahl verdankt. Beide Kammern „revidieren“ jetzt die octroyierte Verfassung und überreichen im Dezember 1849 ihre Beschläße dem König.

7. Januar 1850. Der König antwortet mit 15 „Propositionen (Vorschlägen) zur Verbesserung der Verfassung“. Die Kammern nehmen auch diese im wesentlichen an.

31. Januar 1850. Eine königliche Postkraft erklärt die Revision der Verfassung für beendet und ordnet die Publikation der endgültig beschlossenen Verfassung durch die Gesessammlung an.

Man hätte nach dieser Vorgeschichte wirklich erwarten dürfen, daß als wichtigste Aufgabe von Regierung und Landtag nunmehr die Erfüllung der Verheißungen ins Auge gefaßt worden wäre, an denen eben die Verfassung vom 31. Januar 1850 gerade in Bezug auf die bedeutungsvollsten Fragen so reich war; wir haben gesehen, daß diese „Verheißungen“ zum weitaus größten Teile noch heute ihrer Erfüllung harren, daß man dagegen wohl Zeit fand, die an sich schon echt reaktionäre Verfassung im Interesse des hohen Adels und der Großgrundbesitzer zur Anbelung der politischen Bewegung und der Presse noch viel reaktionärer auszugestalten, ein Verfahren, dessen Ausläufer sich bis in die neueste Zeit erstrecken.

Darf man erwarten, daß die Thronrede bei Eröffnung des ersten im zwanzigsten Jahrhundert gewählten Landtages, des ersten, bei dessen Wahl die weitaus stärkste Partei Preußens ihr Interesse durch Wahlbeteiligung zur Schau getragen, von höheren Gesichtspunkten als bisher ausgehen wird? Niemand denkt daran. Aufgabe der Socialdemokratie aber muß es sein, die preussischen Verhältnisse bis ins kleinste zu verfolgen, unaufhörlich und unermüdet jede Gelegenheit zu erpähnen, wo ein Hebel angefaßt werden kann, um der preussischen Reaktion das Rückgrat zu zerbrechen — der preussischen Reaktion, der Wurzel der Reaktion in ganz Deutschland!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember.

Von der Staatsdebatte.

Eine Gesamtwürdigung der Staatsdebatte, die wir gestern bereits gaben, wird in der bürgerlichen Presse fast nirgends geübt. Ausschließlich einige Zeitungen der äußersten Reaktion beschäftigen sich nochmals einige mit der Frage, die ihnen als die wichtigste der Staatsdebatte gilt, mit der Stellungnahme der Reichsregierung zur Socialdemokratie. Der „Reichsbote“, die „Post“, die „Deutsche Tageszeitung“ erklären sich einigermassen befriedigt von der Entwicklung, die der Reichskanzler auf dem Wege zur Scharfmacherei zurückgelegt hat, wollen zugleich aber die Gelegenheit hitzig ausnutzen, ihn weiter zu treiben. Sie versuchen sich in unmittelbaren Vorschlägen, wie recht schnell etwas gegen die socialdemokratische Gefahr gemacht werden könne.

Der „Reichsbote“ geht davon aus, daß er dem von den Regierungsvorstreitern abgelesenen Vergleich der heutigen Zeit mit dem Zeitalter vor der großen französischen Revolution doch Berechtigung zuerkennt:

„Das ist, daß jetzt die Unzufriedenheit und Verbitterung gegen Staat und Gesellschaft in den socialdemokratischen Kreisen mindestens ebenso groß ist, wie damals, und daß jetzt die revolutionäre Partei einen vielleicht größeren Anhang im Volke hat wie die damalige Revolutionspartei. Damals konnte die große Masse des Volkes weder lesen noch schreiben, so daß für sie die revolutionären Schriften keine Bedeutung hatten — aber heute können alle lesen und lesen täglich Millionen die socialdemokratische revolutionäre Presse und ihre in Millionen verbreiteten giftgeschwollenen Flugblätter...“

Es ist richtig, daß eine stets größere Zahl unserer Volksgenossen aus der „Preppresse“ und den „giftgeschwollenen Flugblättern“ erkennen lernt, wie die scheinheilige Lehre des „Reichsboten“ die infamste Beschönigung der unchristlichsten Zustände ist. Das gefaßt den frommen des „Reichsboten“ nicht und sie beweisen ihre christliche Duldsamkeit und Nächstenliebe durch diesen, natürlich nur den Anfang christlicher Staatsrettung bedeutenden Vorschlag:

„Der Staat muß den Fehdehandschuh der Revolution aufnehmen, den ihm der Dredener Parteitag hingeworfen hat, er muß dieser revolutionären Propaganda entgegenzutreten; denn sie ist es, die das Volk vergiftet und sich in ihrem unbändigen Hochmut über alles hinwegsetzt. Man sollte den beabsichtigten Gesessentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine dazu benutzen, um einerseits gegen die socialrevolutionäre Propaganda und auf der andern gegen die Streiks, die nichts weiter als kleine Revolutionen sind, in der Weise vorzugehen, daß man den Arbeitern zur Geltendmachung ihres Koalitionsrechtes bei der Vertretung ihrer legitimen Interessen ein andres Mittel giebt, als die unheilvolle zweischneidige Waffe des Streiks — nämlich ernsthaftes social-gewerbliche Friedensgericht, deren Richter aber nicht gewählt, sondern wie alle Richter von dem Staate ernannt werden müssen.“

Es ist nicht ganz uninteressant, daß der Streik — wie bei allen andern Völkern und in Deutschland seit Jahrzehnten gesetzliches

Recht — nichts weiter ist als eine kleine Revolution. Man steht, welche „Revolutionen“ es sind, die den Staatsrathern Entsetzen einjagen und zu deren Bekämpfung sie jedes Mittel zu benutzen bereit sind.

Die „Post“ will dem Reichskanzler, dessen guten Willen sie erkennt, „gangbare Wege“ weisen. Sie feiert den Grafen Bismarck als geschickten Taktiker, der sich bei der Zolltarif-Campagne bewährt habe, um ihn zur baldigen Wiederholung zuchthausgeschichtlicher Maßnahmen zu überreden, für die es dem Grafen Bismarck gelingen müsse, diesmal auch das Centrum zu gewinnen. Weiter fordert sie Maßnahmen zur Verdrängung der Socialdemokratie aus allen Kreisen der socialpolitischen Gesetzgebung und endlich Maßnahmen zum Schutze der schulenklassigen Jugend gegen die Erziehung zu antimonomarchischer und vaterlandsloser Gesinnung und zur Disziplinlosigkeit durch die Socialdemokratie; gerade die letzten Maßnahmen könne man ja im preussischen Abgeordnetenhause durchführen, wo eine Mehrheit früher sei. Wie sich die treffliche „Post“ das des näheren vorstellt, sagt sie nicht. Nur immer drauf los — ist ihre Lösung, jetzt wie früher.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist diesmal am meisten unzufrieden über den Reichskanzler. Sie schreibt ihm „gefährliche Irrthümer und Unklarheiten“ zu und fordert den „Kampf bis aufs Messer“ gegen die Socialdemokratie. Der gefährliche Irrthum des Reichskanzlers liegt nach der „D. Z.“ in dessen Erklärung, er könne gegenwärtig nichts thun, weil im Reichstag keine Mehrheit vorhanden sei für Maßnahmen, wie sie die Konservativen fordern. Herr Hertel als Kanzlerbelehre erklärt:

„Ist der Kanzler überzeugt, daß ein Ausnahmengesetz notwendig ist, dann ist es seine Pflicht, es einzubringen, gleichviel ob er sicher voraussetzt, daß es im Reichstage keine Mehrheit finden werde. So muß der Vertreter einer monarchischen Regierung unbedingt handeln, weil diese Regierung die Verantwortung trägt. In einem parlamentarisch regierten Staate liegt die Sache anders. Die gestrigen Darlegungen des Reichskanzlers machten beinahe den Eindruck, als ob er in dem Irrthume befangen sei, daß das Deutsche Reich ein parlamentarisch regiertes Staatsgebilde sei.“

Es scheint, daß das Agrarierblatt die Rücksichtnahme auf die Zustimmung des Reichstages nur für das preussische Abgeordnetenhause gelten lassen will, wo der Reichskanzler die Vorlage, die den Konservativen nicht gefällt, nicht wieder einbringen darf. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß durch das Verhalten des Grafen Bismarck, „aufs bedenklichste die Stellung der monarchischen Regierung“ gemindert werde. Offenbar ist sie der Meinung, daß durch die agrarische Niederwerfung der Kanalvorlage die Stellung der monarchischen Regierung sehr gestärkt worden ist.

Graf Bismarck darf sich rühmen, daß er noch immer nicht ganz den Anforderungen der Scharfmacher genügt. —

Wahrheit über Landwehr der Befreiungskriege.

Herr Karl Bleibtreu schreibt uns: Der Kriegsminister hat Nebels Hinweis auf die glänzenden Leistungen der Landwehr wieder mal mit jenen alten Phrasen abgewischt, die wohlweislich deren Haltung im Kampfe übergehen, dagegen sich an ihr starkes Schmelzen unter Strapazen klammern. Dies fand statt im Winter 1814, wo alle Landwehr-Regimenter, was aber bei den meisten Linien-Regimenten gleichfalls zutraf, zuletzt als ein Bataillon formiert werden mußten, sowie bei Verfolgung nach der Nagelschlacht, wo in den entsehligen Regenbivouacs zwei Bataillone 14. Schlesischer Landwehr des Corps York von 510 und 577 auf 202 und 271 Mann schmolzen. Das dritte Bataillon dieses Regiments verlor hingegen nur 53 Mann, weil es Mäntel und Schuhe toter Franzosen bekam. Und hiermit berühren wir schon die Ursache. Während nämlich die Linienregimenter gleichfalls sehr schmolzen — man braucht nur das Sinken der Etats von Monat zu Monat zu verfolgen — konnten sie immerhin die furchtbaren Strapazen besser ertragen, weil man für genügende Kleidung, Ausrüstung, Quartiere, Ernährung ihnen sorgte. Die Landwehr hingegen, dies Volksaufgebot, das die edelste, ideale Seite im sogenannten Befreiungskriege der Kosaken und Junker vertrat, wurde nicht nur stiefmütterlich — der Ausdruck langt nicht —, sondern geradezu nichtswürdig behandelt. In ihren dünnen Drillichhosen und der sadenscheinigen Littera, ohne Mäntel, elend verpflegt, stets um alle guten Quartiere verläßt, sollten diese armen Wehrmänner jeder Unbill trotzen. Je mehr von ihnen zu Grunde gingen, desto lieber war es den Junkeroffizieren. Ihr Blut vergießen, das durfte die Landwehr, aber nachher gab's weder öffentliche Anerkennung, noch Eiserne Kreuze. Die Landwehr durfte keine ausgezeichnete That verrichtet haben, sagt Beigle kurz und bündig, und Friccius: „War etwas Nützliches zu sagen, so wurde es mit Schweigen übergangen oder als unbedeutend oder zufällig dargestellt. Waren aber Fehler vorgefallen, so wurden sie stark hervorgehoben.“ Für Erlösung des Grimmaschen Thores erhielt Major Friccius nicht das Kreuz 1. Klasse, seine Königsberger Landwehrhelden gingen völlig leer aus, indes sich ein Regen von Dekorationen über die Linie ergoß. Später ward sogar die Fabel verbreitet, das zweite Pommersche Regiment (heute Nr. 14) sei zuerst eingedrungen, statt des bürgerlichen Friccius natürlich ein Major von Mirbach! Diese elende Verdrehung wird heute noch in militärischen Kreisen wiedergeläut, obgleich von gründlicher Forschung längst widerlegt.

Nun wohl, die beispiellose Tüchtigkeit der märkischen Landwehr bei Demewitz und Hagelsberg muß immer und immer wieder gepriesen werden. Bei Möckern verlor die Landwehr-Infanterie, obgleich kaum noch ein schwaches Drittel des Hortschen Fußvolkes bildend, fast ebensoviele (2400 zu 3170) wie die andern zwei Drittel Linie. Bei Wagan blieben von 1640 Mann 7. Landwehr nur 160 übrig, alle andern tot und verwundet! Bei Proßschida verloren die 9. Landwehr von ca. 900 Mann volle 518 und 15 Offiziere. Selbst die berühmtesten Linien-Regimenter, wie 1. Dstpr. Grenadiere und 2. Westpreussische (heute Königsberg) opfereten sich nicht härter. Bei Demewitz blutete die 1. Neumärkische Landwehr, von Tauenzien's Milizcorps ganz zu schweigen, brüderlich neben dem berühmten Regiment Kolberg mit fast gleichem Verlust, bei Goldberg 6. Schlesische Landwehr neben den 1. Dstpr. Grenadiere. Was verlangt man noch mehr? Tauenzien's Landwehrrichter leisteten gerade soviel wie Brandenburger Dragoner und Pommersche Husaren. Bei Glogow hieß sich 7. und 8. Schlef. Landwehr-Kavallerie gerade so brav durch wie Ostpreussische Kürassiere, 5. und 10. Landwehr-Kavallerie warfen bei La Chasse die Polnischen Lanciers und eroberten ihre Standarte. Ueberhaupt betrug Landwehr und Freiwillige Jäger 1813 volle 150 000 Mann, Linie und Reserve nur 96 700. Vollends 1815 bestand die Hälfte der Feldarmee Wlachers aus Landwehr. Bei Ligny floh allerdings die soeben erst neu errichtete fünfte Westfälische Landwehr nach schwerem Verlust, aber mit ihr floh 15. Linie, so daß auch dieser Vorfall gar nicht beweist. Dagegen fielen 1. Westfälischer Landwehr schon erstaunlich brav am 15. Juni und am 16. verteidigte vor allem 4. Westfälische Landwehr heroisch Gihauzen 1. Westfälische Landwehr die Palme vor allen übrigen Truppen; erst an diesem Beispiel erinnerte sich Regiment Colberg, neulich brab deckte 3. Neumärkische Landwehr bei Sombref den Rückzug. Bei Wolow bedeckten sich III. 1. und I. 4. Neumärkische

Landwehr mit Ruhm. Bei Blaucenott litt nur die 18. Linie ähnlich wie 1. 3. Schlesische Landwehr, die zusammen fast 1200 Mann einblühten. Ueberhaupt trug Wilows Landwehr drei Viertel des Gesamtverlustes! Bei der Nachverfolgung blieben zuletzt die Pflücker des 1. Pommerschen und 15. Regiments bei Gradnes zurück, aber 200 Mann Oberschlesischer Landwehr, die bereits allen voraus auf Quatrebras und Gradnes erlittenen, vertrieben noch am 10. früh Napoleons Etob aus Charleroi.

Dies ist, nochmals sorgsam zusammengestellt, die Wahrheit über jene demokratische Volkstüchtigkeit. Auch findet sich selbst in Schriften des Generalliebes (1813 von Major Friedrich, 1814 von General v. Janson) nichts, was obige Darlegung ändern könnte. Denn daß bei Hagelsberg die von Berufsoffizieren schlecht geführte Landwehr anfangs vor dem furchtbaren Feuer der glänzend geführten Division Girard wich, thut ihrer Ehre keinen Abbruch, ja steigert ihr Verdienst, daß sie trotzdem ihren Willen durchsetzte. Wenn also noch einmal ein preussischer Militär öffentlich vor Unwissenden sein Sprichlein herkeifert, so möge man ihm laut entgegenrufen: Unterlassen Sie endlich, Ihre Hundertmal von wirklich Wissenden widerlegten Märchen aufzuwärmen. — Wer so ängstlich an alten Vorurteilen klebt, der geht mit gebundener Parochie im Sturmschritt nach Jena! —

Deutsches Reich.

Die Kanalvorlage ohne den Kanal.

Es wird jetzt gemeldet, daß die Verhandlungen, welche zwischen der preussischen Regierung und den kanalrebellen Parteienführern des Abgeordnetenhauses seit längerer Zeit gepflogen wurden, „erfolgreich“ beendet seien. Es bestche nunmehr innerhalb der Regierung die Absicht, bei oder alsbald nach Eröffnung des Landtages einen Gesetzentwurf einzubringen, der außer den Maßregeln, die sich auf den schlesischen Hochwasserbeschwerden beziehen, auch die „Kanalvorlage“ enthalten soll. Man rechne, so jagt die Meldung des „Volks-Anzeigers“ weiter, zuversichtlich auf Annahme dieses Entwurfs, „nachdem darin den Bedenken der bisherigen Kanalgegner in weitestgehendem Maße Rechnung getragen worden ist“.

Die Rechnungsträgerin bezieht, wie nach den früheren in die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen hinreichend bekannt ist, in der Aufgabe des Mittelkanal- und Kanals. Von der einseitigen Kanalvorlage, für deren Durchführung sich nicht nur Minister, sondern der Monarch freiwillig verschworen haben, bleibt vorläufig nichts als der Name; die Verbindung zwischen Elbe und Weser, die Annäherung zwischen agrarischem Osten und industriellem Westen ist aufgegeben. Das Kompromiß, das die Regierung mit den Führern der Kanalopposition einget, ist die völlige Unterwerfung der Regierung unter den Willen der Junker. Im preussischen Dreiklassen-Landtag wird durchaus — parlamentarisch regiert! —

Militärpensions-Gesetz.

Der Reichstag hat zu wiederholten Malen einstimmig dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Militärinvaliden- und Pensions-Gesetzgebung von ihren vielen Ungerechtigkeiten und Härten befreit und daß eine klare, übersichtliche Kodifikation aus diesem Zergerien der stückweisen Gesetzgebung erfolgen solle. Als dringend erforderlich wurde u. a. bezeichnet: eine Erhöhung der Gehaltsätze der Invaliden, Wittwen und Waisen, Fortfall der Präsenztaxen und der Verrechnung des Rechtsbeweises für die im Militärdienst Verunglückten, Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilversorgungssystems, Verlassung der Militärpension neben dem Civildienst-Einkommen. Vor zwei Jahren wurde im Reichstag erklärt, die diesbezüglichen Gesetzentwürfe seien im Kriegsministerium fertig gestellt. Bis heute hat danach der Bundesrat eine den Forderungen des Reichstages entsprechende Vorlage noch nicht fertiggestellt. Der von Preußen dem Bundesrat jetzt vorgelegte Militärpensions-Entwurf ist lediglich Stillschub, das dem später unübersehbaren Gewicht der Militärinvaliden- und Pensions-Gesetzgebung ein Stöckchen zusetzt. Ob aus den Beratungen des Bundesrats ein der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechender Entwurf hervorgehen wird, ist mehr als zweifelhaft. Voraussetzlich wird sich der Bundesrat wie der preussische Entwurf damit begnügen, den am wenigsten der Hilfe Bedürftigen, den ehemaligen Offizieren, eine Gabe zu bewilligen. Die Menge der durch Erfüllung der Militärpflicht Geschädigten und ihre Wittwen und Waisen sollen leer ausgehen. Der Entwurf macht nicht einmal den Fiskus für die durch Militär-Mißhandlungen Geschädigten schadensersatzpflichtig. Freilich würde solche Schadenersatzpflicht weit mehr den Soldatenhändereien Abbruch thun, als die feierlichste Beteuerung der bürgerlichen Parteien und ihrer Minister, sie wollten diesen Schandfleck ihres militärischen Systems gründlich beseitigen. Der Laiz des Vaterlandes existiert für die erwerbsthätige Bevölkerung, die durch den Militärdienst am meisten zu leiden hat, nur in der Versicherung eines warmen Herzens für die Personen des Soldatenstandes. Warme Herzen allein nützen nicht, noch schätzen sie vor feigem Mißbrauch der durch das Militärsystem dem Vorgesetzten eingeräumten Macht. —

Breidenbachs Konkurrenten.

Wie wir gestern bereits im Dopefchenteil meldeten, wurde am Dienstag der Leutenant Schilling vom Infanterie-Regiment Nr. 98 vom Kriegsgericht in Reg. wegen

698 Fällen von Mißhandlung,

57 Fällen von vorchriftswidriger Behandlung und eines Falles des Abhaltens von dienstlicher Meldung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Entlassung aus dem Dienste verurteilt. Leider fand die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Den Leutenant Schilling übertrumpft noch der Polizeiergeant und ehemalige Unteroffizier Franke vom Infanterie-Regiment Nr. 85, der gleichfalls am Dienstag vom Kriegsgericht in Rendsburg abgemittelt wurde. Er wurde wegen

1520 Fällen von Soldatenmißhandlungen, 80 Fällen vorchriftswidriger Behandlung und 20 Fällen des „Weldbogens“ sowie wegen vorfäthlicher Abhaltung von der Beschwerdeführung zu fünf Jahren Gefängnis und zur Degradation verurteilt.

Erwiesen wurde, daß der Angeklagte in vielen Fällen sich von seinen Untergebenen habe Geld lassen, und zwar unter Anwendung von Zwang, daß er sich in vielen Fällen der Mißhandlung schuldig gemacht habe durch Schläge mit der Faust, dem Knüttel und Knüttelsche. Er hat den Leuten ins Gesicht geschpottet und für einige Soldaten ganz besondere Martern erunden. Eines seiner Opfer hat infolge der empörenden Mißhandlungen Krampfanfälle bekommen und hat als dienstuntauglich entlassen werden müssen. Einigen Leuten hat er gar mit Erstickchen gedroht. Die Soldaten haben aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen keine Meldung und Anzeige gewagt. Aber schließlich desertierte einer der Soldaten aus Furcht vor 35 Mißhandlungen. Er wurde später ergriffen und auf diese Weise kam man zur Kenntnis von 35 rohen Thaten. Der Angeklagte verhält sich während der Verhandlung durchaus gleichgültig und fast teilnahmslos. Apathisch gesteht er einige geringe Vergehen zu, die schlimmeren aber stellt er kühl in Abrede oder erklärt, es sei alles nur Scherz gewesen.

Breidenbach hat also schleunigst zwei ebenbürtige Konkurrenten gefunden! Dem Herrn Kriegskommissar, der nicht wie bei Forbach lässlich behaupten kann, es gebe nur einen Breidenbach, wird der Gedanke an die Militärdebatte sicherlich manche unangenehme Stunde bereiten! —

Ein Offizier über Soldatenmißhandlungen.

Der Leutenant a. D. Paulus-Hannover veröffentlicht in der Wiener Wochenzeitung „Die Wage“ einen Artikel über das Thema der Soldatenmißhandlungen, aus dem folgende nicht uninteressante Stellen wiedergegeben seien:

Die sociale Litteratur von München bis Berlin, von Dresden bis Frankfurt hat sich der militärischen Schicksalserse des Reiches bemächtigt und läßt den ergebnissen Stoff wohl so bald nicht wieder los. Festiger noch tobt das rein parteipolitische Jür und Gegen in der Tagespresse. Im zwei Punkte dreht sich der Kampf: um kriegsgerichtliche Klassenjustiz und Soldatenmißhandlungen. Allerdings schmilzt auch das Agitationsmaterial zum Schaden, aber durch Schuld der Armeebeförden progressiv an, so daß man gar nicht Socialdemokrat zu sein braucht, um bei Erörterung jener Krebsgeschwüre die schärfsten Ausbrüche berechtigt zu finden.

Das alte „Se-weineglüd“ der deutschen Socialdemokratie! — Dieses durchsichts-überlegene, in Wirklichkeit nur neidische Trostwort eines wohlgegründeten Fatalismus giebt den hohen Herren von der Reaktion jedesmal ihr seelisches Gleichgewicht zurück, so oft sich etwas als faul herausstellt im Staate Dänemark. Mit dem „Erkenne dich selbst!“ ist man bereits auf elegante Manier fertig geworden. Bedauert werden nicht die Mißstände an sich, sondern daß sie ans Tageslicht kommen. Socialistensterei heißt die Parole, weil man selbst zu positiver Arbeit nicht mehr fähig ist.

Unerschaffen, aber empfänglich tritt der Kleinbürgerliche und ländliche Nachwuchs ins Meer, um durcheinandergewürfelt zu werden mit den geistig überlegenen Kameraden vom industriellen Proletariat. Diesen fällt es nicht schwer, so ungenügend günstige Verhältnisse auszunutzen. Die offizielle Lehre von abstrakter Königsstreu und Armeegerens-Gefinnung hat um den Einfluß auf das plattische Menschennaterial einen ziemlich hoffnungslosen Wettkampf mit der socialdemokratischen Propaganda zu führen, die ihre Konkret-lingenden, neuen und staatsgefährlichen Evangelien zwischen Gleich und Gleich von Mund zu Mund verbreitet. Das schlimmste ist, daß fast jeder die wirkungsvollsten Illustrationen mitanhiebt oder gar selbst erlebt. Tagegen kommen wohlwogende Syrratheorien nicht auf.

Die junge Generation lernt also in harter Schule ihre Zeit verstehen. Sie bringt ins Leben als eisernen Fonds die Anschauungen schon mit, zu denen ihre Väter sich jetzt erst mühsam durchringen. Und wieder sind es die schreienden Mißstände im Heere, die bei so manchem Zweifel den inneren Kampf entscheiden.

Häufiger — Heibelberg! Solch grelle, erschütternde Kontraste sind furchtbare Waffen in der Hand einer Partei, die darauf ausgeht, ernstlich zu verwunden und nicht bloß liberale Schlingensacke zu liefern. Einerseits der Jähzucht, der mit farger Heftungshast davonkommt, weil sein zartes Ohrgefühl durch einen Belenktenen dermaßen lädiert war, daß er ihn erziehen mußte. Und demgegenüber erziehungsverdienliche Freiheitskämpfer gegen vier habdise Grenadiere, die am vorletzten Wandverträge (was das heißt, weiß jeder Frontsoldat) in Civil einen mißliebigen Unteroffizier „verhauen“ hatten, wie es (ich fuhe auf That-sachen) in verschwiegener Nachtzeit alljährlich mindestens einmal vorkommt, ohne daß der Be-atteniäterte, dem es samt die Kapitulation loiten würde, sein Erlebnis an die große Glode bringt.

Gegen Soldatenmißhandlungen wollen die Militärbehörden unter dem Druck der öffentlichen Meinung nun endlich mit „Fener und Schwert“ vorgehen. Ein Anlauf dazu ist unverkennbar, doch trifft er leider nur einen bestimmten Auswuchs des Heels statt seine Wurzel. Es läßt sich nicht leugnen, daß gesundheitsgemäße Heilheiten neuerdings ganz exemplarisch bestraft werden. Aber eben nur sie, während in den weitaus meisten Fällen das Gericht Brücken hat, um zu der berechtigten „minder schweren“ Auffassung zu gelangen. . . .

Leutenant Paulus, dessen Ausführungen im übrigen keines Kommentars bedürfen, spricht an einer Stelle von der socialistischen Propaganda im Heere. Er kann damit selbstverständlich nur das Gedankenaustrausch meinen, der sich zwischen den Soldaten unaußbleiblich über ihre militärischen Erlebnisse und ihre civile Vergangenheit entspinnt, wobei dann freilich die verschiedenen Weltanschauungen zum Ausdruck kommen, so wenig auch von socialistischer Propaganda im kriegsgerichtlichen Sinne die Rede sein kann. Eine socialistische Propaganda, sagten wir wiederholt, ist im Heere deshalb ganz überflüssig, weil der Militarismus durch seine Thaten selbst die denkbar schärfste Kritik übt.

Leutenant Paulus bestätigt das!

Offiziersluzus und Rot der Landwirtschaft.

In einem konservativen Blatte, der „Schlesischen Zeitung“, begegnen wir folgender interessanter Auslassung über den Luzus der Arme:

„In allen überflüssigen, nur durch konventionelle Rücksichten distillierten Luzus kommen zahlreiche kostspielige Repräsentationspflichten, Festlichkeiten und Gastmähler verschiedensten Zweckes, sowie Geldsammlungen für Jubiläen, Denkmäler, Geschenke und dergleichen mehr; endlich die Kosten für Ausrüstung und Bekleidung, die infolge vieler Neuerungen beständig im Wachsen sind.“

Die gegenwärtige Kollage unserer Landwirtschaft ist ja bekannt, die Klagen über die Konkurrenz des Auslandes und über die stetige Zunahme der Produktionskosten sind in aller Munde; daß aber auch Luzus und Genußsucht im allgemeinen und die kostspielige Lebensführung der dem Grundbesitz entstammenden Offiziere im speziellen nicht unwesentlich dazu beitragen, die Kollage zu vergrößern, darüber pflegt man mit Stillschweigen hinwegzugehen. Wenn der Sohn eines Grundbesitzers Berufsoffizier wird und in einer größeren Garnison, ich will noch gar nicht von Berlin oder Hannover reden, seine Ansprüche nicht unter das von Hause her gewöhnte Maß herabsetzen will, so werden seine pekuniären Bedürfnisse die väterliche Kasse sehr empfindlich belasten, und die von dem Sohn in der Garnison verbrauchten Summen werden sich manchenmal höher belaufen, als die Ausgaben der ganzen Familie dazum im gleichen Zeitraum.

Nicht selten geschieht es dann, daß der junge Krieger nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit wie einst der alte Cincinnatus vom Schwerte zum Pfluge zurückkehrt — ob zum beiderseitigen Nutzen ist fraglich; schon oft hat auf diese Weise die Arme einen guten Offizier verloren und die Landwirtschaft eine mäßige Stütze gewonnen.

Schlummer noch gestolet sich die Sachlage bei der Familie so manchen alten Offiziers, die vielleicht ohne nennenswertes Vermögen hauptsächlich auf die Pension angewiesen war. Der Sohn war von Anfang an wiederum zum Offizier bestimmt und im Kadetten-corps erzogen worden. Zwar hatten sich im Laufe der Zeit schon die Verhältnisse geändert, und mit Beförderung sah der Vater die alte Einfachheit im Offiziercorps schwinden; aber eine Umkehr mit dem Sohn war nicht mehr möglich, er gehörte nicht zu den Wenigen, die das Reifezeugnis des Abiturienten erlangten, er mußte in die Front. Im Anfang ging noch alles gut. Eines Tages aber kam die Zeit, da er pater pecora machen mußte, und die Angehörigen erlitten mit Entsetzen, daß die zu bezahlende Summe größer war als die Subsidienmittel der ganzen Familie für die nächsten Monate; und bei alledem war dem jungen Manne noch nicht einmal ein Vorwurf zu machen. Arm und unerfahren aus einfachen Verhältnissen in eine Sphäre auspruchsvollen Wohllebens geworfen, wurde er ein Opfer seiner Zeit.

Die Gefahr ist nahe, daß der Offizierstand durch Luzus und Genußsucht seines besten Erlasses verlustig gehen könnte! — Und in den Berliner Neuesten Nachrichten“ schüttet ein Amdiger sein Herz aus über eine Anzahl schädlicher Gewohnheiten im Heere, die Liebesmahl, die Koffizierlichkeit der Diners und Soupers, die Einstands-

beträge zu den Kasinos, die Besceraien „auf Wache“, die Wodogedereien usw., kurz, den verhängnisvollen Lugns in der Armee!

Von Einzel- und Ausnahme-Erscheinungen wird da doch auch Herr v. Einem nicht mehr zu reden wagen! —

Auf das verfassungswidrige Pluralstimmrecht der Reichstagswahl hatten wir neulich hingewiesen. Die „Neuz-Jeitung“ stellt sich erst so, als ob sie nicht verhehe, was wir mit dem Pluralstimmrecht meinen, läßt sich dann aber zu der Vermutung herbei, wir spielten wohl auf die Ungleichheit der Wahlkreise an. Man verstände aber unter einem Pluralstimmrecht „etwas ganz anderes als den Zustand, der sich durch diese Ungleichheit bei uns mit der Zeit herausgestellt hat“. Formell ist natürlich unser Reichstags-Wahlrecht kein Pluralstimmrecht, tatsächlich aber ist es das schlimmste Pluralstimmrecht, das in irgend einem Staate vorhanden ist. In Belgien privilegiert man gewisse Wählerkategorien höchstens durch ein dreifaches Stimmrecht, im Deutschen Reich hat ein Wähler in Schaumburg-Lippe mehr als das sechsfache, ein Wähler im Kreise Deutsch-Lippe oder Ostpreußen mehr als das zehnfache Stimmrecht gegenüber einem Wähler von Berlin VI oder Teltow-Beesdow-Storow-Charlottenburg.

Die „Neuz-Jeitung“ bestreitet weiter, daß das Pluralstimmrecht verfassungswidrig sei. Sie schreibt:

„Andererseits ist es ein Übel, diesen Zustand als verfassungswidrig zu bezeichnen. Er widerspricht auch nicht dem Wahlgesetz vom 31. Mai 1860. Denn in diesem ist nirgends die Vorschrift enthalten, daß die Wahlkreise auf die Dauer eine auch nur annähernd gleiche Größe haben müssen. Die Reichsverfassung sagt vom Wahlrecht nur, daß der Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgeht; hier ist also nicht einmal das gleiche Wahlrecht festgelegt.“

Das Wort „gleich“ fehlt allerdings im Artikel 20 der Verfassung, aber nur deshalb, weil es selbstverständlich ist: jede Form eines ungleichen Wahlrechtes hätte ja durch eine positive Bestimmung festgelegt werden müssen, und da eine solche fehlt, ist das gleiche Wahlrecht eben — selbst wenn man nur an dem Buchstaben des Wortlauts klebt und nicht den Ursprung und die Absicht des Artikels berücksichtigt — in der Verfassung „festgelegt“.

Aber ist auch die Gleichheit insofern „festgelegt“, als ihre Umgehung durch eine Wahlkreis-Geometrie der Ungleichheit angeht? Artikel 20 verweist auf die „gesetzliche Regelung“, welche im Wahlgesetz vom 31. Mai 1860 ausdrücklich vorbehalten ist. In diesem Wahlgesetz, das nach den damaligen Ausführungen der Regierung nur für das eine Mal provisorisch gelten sollte, bestimmt der § 5: „In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassungsgebenden Reichstage zu Grunde gelegt hat, ein Abgeordneter gewählt“. Und dann wird ausdrücklich erklärt: „Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“ Damit ist in der Verfassung und im Wahlgesetz als selbstverständliche Konsequenz des Wahlprinzips ausdrücklich die Verpflichtung ausgesprochen, die Gleichheit der Wahlkreise gemäß der steigenden Bevölkerungszahl gesetzlich herzustellen. Daß sich seit mehr als 30 Jahren die Regierung dieser verfassungsmäßig festgelegten Verpflichtung entzieht, ist der Verfassungswidrigkeit in Veranlassung, den allerdings das Zivilrecht, als traditionelle Partei der Verfassungsbrüche, schon deshalb billigt, weil er die Grundlage seines parlamentarischen Einflusses ist. —

Ein Sozialdemokrat geworden Gemeindevorsteher. Lange Jahre hatte der Gemeindevorsteher Michael Storins in Neu-Strehmen im Kreise Nitzsch-Niederung sein Amt trefflich verwaltet. Die Zustände seiner Gegend haben ihn aber allmählich von der Ungerechtigkeit mannigfaltiger Einrichtungen unserer Zeit überzeugt. Er hatte es satt, nur konterwärtige Versammlungen besuchen zu dürfen. Er entschloß sich, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen, und in der Reichstagswahlzeit trat er selbst in einer Versammlungsdiskussion auf, kritisierte die bestehende Besetzung des Gemeindevorstandes und andere gesetzgeberische Maßnahmen. Darauf hat ihn der Landrat aufgefordert, sein Amt niederzulegen, aber Storins bestand darauf, daß seine Wendung zur Sozialdemokratie ihn nicht veranlassen könne, freiwillig ein Amt aufzugeben, in dessen Verwaltung er sich nicht das geringste zu Schulden kommen ließ. Nun wurde das förmliche Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet und der Kreisaußschuß erkannte, wie sich in diesen Zeiten verhält, auf Entfernung aus dem Amte. Die Gründe sind die üblichen, daß ein heutiger Beamter nicht die Sozialdemokratie unterstützen oder gar für sie öffentlich auftreten dürfe. Die „Königsberger Volkszeitung“, die den Fall mitteilt, begrüßt den durch Disziplinierung Gezeigten als Mitstreiter, der nun aller Fesseln entledigt, seiner Heberzeugung nachleben werde. —

Die neueste Reform im Volksschulwesen in Borsland.

Eine Verfügung ganz eigener Art, an die wir anfangs nicht glauben wollten, die aber trotzdem wahr zu sein scheint, macht die Kunde durch die Zeitungen. Der Minister der baltischen „Volksschulwesen“ hat den Bezirksregierungen folgendes Lund und zu wissen getan:

„Die amtliche Wirklichkeit der Kreisländer umfaßt alle Gegenstände des Regierungsbereichs; sie erstreckt sich auch auf das Elementarschulwesen. Die Landräte werden daher angefordert, insonderheit ihre sonstigen Dienstgeschäfte es zulassen, namentlich bei Gelegenheit ihrer Dienstreisen die ländlichen Elementarschulen zu inspizieren, um sowohl von den äußeren Verhältnissen der Schulen, als auch von dem Stande des Unterrichts wesens und von den Leistungen der Lehrer und Schüler Kenntnis zu nehmen. Selbstverständlich werden sie dabei zu vermeiden haben, sachmännliche Erziehungs- und Unterrichtsangelegenheiten zu erörtern oder darauf bezügliche Anordnungen zu treffen. Vielmehr werden sie alle Wahrnehmungen nach Bedürfnis zur Kenntnis des betreffenden Schulverhältnisses bringen oder nach Befinden die Entscheidung der Regierung darüber einzuholen haben.“

„Die Lehrer werden hierin eine wohlwollende Fürsorge der Staatsbehörden erkennen, und die Mitwirkung der Landräte wird wesentlich dazu beitragen, die Lehrer in ihrer, dem Vaterlande gewidmeten Berufstätigkeit zu ermuntern und zu unterstützen.“

Wir sind überzeugt, daß die königlichen Landräte im Verein mit den geistlichen Schulinspektoren die ländlichen Volksschulen Preußens bald auf eine geistige Höhe bringen werden, daß auch der fortgeschrittenste preussische Junker an den Früchten dieser Erziehung seine helle Freude haben wird, daß in anbetrachter dieser erneuten behördlichen Fürsorge der Lehrermangel bald aufhören wird, und daß die Landräte nicht verabsäumen werden, dem Herrn Minister eine Ergebnissadresse für diese Weihnachtsgabe zu übermitteln, worin sie ihm ihren tiefgefühltesten Dank aussprechen. — Daß sie bei künftigen Wahlen in noch höherem Maße als bisher für die Kandidatur eines regierungsfreundlichen Mannes eintreten, unterliegt kaum einem Zweifel für königstreue Männer, die im Gegensatz zu den deutschen Arbeitern die Fürsorge der Regierung zu würdigen verstehen. —

Naturwissenschaft und Religion in der Schule. Wie die „A. Ztg.“ zu berichten weiß, hat in der obersten Klasse einer höheren Schule in Westpreußen, wo die Geistlichkeit die Schule und das gesamte Leben beherrscht, ein Protest der Schüler gegen die Ausführungen des Lehrers der Naturwissenschaften stattgefunden. Als dieser Herr über die Gestalt und die Bewegungen der Erde, über ihre Stellung im Sonnensystem und über die Entstehung des Weltalls nach der Kant-Laplaceschen Hypothese sprach, fügten die Schüler zu lärmern an und erklärten, daß der Herr Pastor ihnen bereits im Religionsunterricht gesagt habe, daß alle diese Behauptungen unwahr seien.

Die „Königsberger“ hält dies für ein „bedenkliches“ Zeichen und macht einige lächerliche Bemerkungen über solche Zustände. In freies Trachten hat sie dazu kein Recht, es ist dies die Folge des

Liberalismus, den sie vertritt, und wodurch der Materialismus die Oberhand im Staate gewonnen hat. Der innere Widerspruch, den die naturwissenschaftlichen und religiösen Lehren bei den Schülern hervorgerufen müssen, kann nur dadurch beseitigt werden, daß man den geistlichen Einfluß aus unseren öffentlichen Schulen beseitigt, die Religion zur Privatsache macht. —

„Eine Inquisition.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte im September eine Kritik der Maßnahmen veröffentlicht, die das Leipziger Gericht bei der Verhaftung der wegen Majestätsbeleidigung angeklagten Medakture der „Volkszeitung“ unternommen hatte. Durch diese Kritik fühlte sich der Ober-Richterrichter Dr. Weigner in Leipzig beleidigt. Das Landgericht verurteilte Genossen Seeger, der für den Artikel verantwortlich war, am Dienstag zu zwei Wochen Gefängnis. Wir kommen auf den in vieler Hinsicht die Justiz kennzeichnenden Prozeß noch zurück. —

Der heftige Landtag, so wird uns geschrieben, hat am Dienstag den sozialdemokratischen Antrag, der eine direkte Vertretung der Arbeiter im Ministerium fordert, abgelehnt.

Die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend die polizeilichen Maßnahmen gegen die ausgeperrten Mannen in Mainz ging aus, wie das bekannte Schicksal. Keine der Behörden weiß von nichts! Alle sind unschuldig, der Bürgermeister und alle sonstigen städtischen Behörden, das Ministerium und alle übrigen staatlichen Behörden. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter sind die Sündenböcke, die die Arbeitswilligen schädel anheben und die dem Staate besonders nützlichen Elemente“ müssen natürlich geschädigt werden — im Klassenstaate. —

Ein neuer Zusammenstoß mit den Bondelwaris. Zwischen der südafrikanischen Schutztruppe und den aufständischen Bondelwaris hat ein neuer Zusammenstoß stattgefunden. Eine Londoner Meldung aus Kapstadt — bei Berliner Kolonialamt ist wieder einmal nichts eingetroffen — berichtet: Infolge amtlichen Telegramms vom 12. Dezember nahmen die Deutschen das Hottentottenlager ein, aber später trieben die Hottentotten die Deutschen über den Fluß und beschossen sie während des Rückzuges, wobei Lieutenant Beckin und ein Reiter schwer verwundet wurden. Der Verlust der Hottentotten betrug drei Tote und zwei Verwundete. —

Ungland.

Oestreich-Ungarn.

Die kaiserliche Antwort an die Delegationen enthält folgende etwa erwähnenswerte Punkte:

Die auswärtige Lage der Monarchie zeigt auch seit dem letzten Zusammentritt der Delegationen ein durchweg erfreuliches Bild. — Durch die im vorigen Jahre erfolgte Erneuerung des Dreihundes ist die bewährte Grundlage unserer Politik, welche wir auch fortan aufrechtzuerhalten entschlossen sind, neuerdings für die Zukunft festgelegt worden.

Das enge Einberufen mit dem russischen Reiche hinsichtlich der Vorgänge auf der Balkanhalbinsel wird von meiner Regierung manigfaltig gepflegt und kommt der friedlichen Lösung der dort aufstehenden Fragen zu gute.

In Serbien hat durch eine Unthat (1), welche jeden gesitteten Menschen den Entsetzen (2) erfüllen mußte, ein Dynastiewechsel stattgefunden. Es steht zu hoffen, daß dieses Land unter seinem neuen Herrscher seiner moralischen Wiedergeburt (3) und einer gedeihlichen Zukunft zugeführt werden wird.

Meine Kriegsverwaltung hält ihre Forderungen in den Grenzen der leistungsfähigen Bewilligung. Der Abschluß der Frage einer neuen Schnellfeuer-Feldkanone steht unmittelbar bevor. Es scheint daher notwendig, mit der Erzeugung im nächsten Jahre zu beginnen, wofür die Kriegsverwaltung Geldmittel erbittet.

Das übliche Exposé Goluchowski über die auswärtige Lage bewegt sich völlig in dem gleichen Gedankenwege. Der größte Widerspruch zwischen der Beurteilung des Belgrader Mordes — Goluchowski spricht gar von einer „jedem menschlichen Gefühl hohen sprechenden Tragödie“, die in der ganzen zivilisierten Welt eine „ungewöhnliche Erregung“ hervorgerufen habe — und dem Ausdruck der Hoffnung, daß der neuen Kämpfer nächstbeteiligte intellektuelle Urheber der That dem Lande zu einer „moralischen Wiedergeburt“ verhelfen werde, tritt bei Goluchowski noch größer hervor. Er sagt doch ausdrücklich, daß es Oesterreichs Pflicht gewesen sei, dem neu erwählten Könige seine wahrhaft dornenvolle Aufgabe nicht zu erschweren; ihm liegt die Pflicht ob, das durch den fluchwürdigen Frevel tiefgeschädigte Ansehen Serbiens zu heben...“ usw.

Das ist die politische Moral, die Dynastien-Moral! —

Frankreich.

Nachklänge vom Tezistfreit.

Paris, 14. Dezember. (Eig. Ber.) Infolge der Streitigkeiten gelegentlich des Tezistfreit ist es soeben in Armentières und Houplines zu einer Spaltung innerhalb der dortigen Organisation der P. S. de F. (ehemalige französische Arbeiterpartei) gekommen.

Wie die „Petite République“ mitteilt, hat die Sektion von Houplines in einer von 56 Mitgliedern besuchten Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, aus der Partei auszutreten, um sich als eine „autonome revolutionäre-sozialistische Partei“ zu konstituieren. In der Spitze der Dissidenten steht der Maire von Houplines, Zohier. Der Beschluß wird begründet durch die Haltung der Leiter der Partei und des Zentralkomitees, Delory und Genossen, die die streikenden Arbeiter verlassen hätten, in einem Augenblick, wo ihre Mitwirkung von großem Einfluß gewesen wäre. Es wird ihnen deshalb ein „Label“ ausgesprochen, ebenso wie dem Parteileiter „Le Travailleur“ („Der Arbeiter“), dem eine „Berleumdungs- und Lügen-Campagne“ vorgeworfen wird. Andererseits haben die „autonomen revolutionären Sozialisten“ Begrüßungen und aufrichtigen Dank votiert dem ministerialistischen Blatt von Lille „Mouvement du Nord“ sowie Jaurès, Desfalle und Genossen für ihre Hilfe beim Streik.

In Armentières sind der Maire Daudrimet, das Gemeinderatsmitglied und bisheriger Sektionssekretär Voltier und der Schriftsteller Rivola unter ähnlicher Begründung wie ihre Gefühlsgegnossen von Houplines aus der Partei ausgetreten, worauf ihre Anhänger eine autonome Gruppe gebildet haben unter dem Namen: „Arbeiterpartei von Armentières“.

Die beiden neuen autonomen „Parteien“ der zwei Städte werden gemeinsam ein neues Blatt „Peuple“ (Volk) herausgeben an Stelle des nun eingegangenen lokalen Partei-Organs „L'Avant“ („Zukunft“), das von Rivola redigiert wurde.

Die „Petite République“ begrüßt herzlich das neue Organ, welches eine neue Zerspaltung der alten und kräftigen nordischen Organisation markiert, als ein Organ „sozialistischer — Einigkeit“! —

Man wird eine Beleuchtung der Vorgänge von Seiten der P. S. de F. abwarten müssen. Erst dann wird man beurteilen können, wie es um das „Verlassen“ der Streikenden u. s. f. seitens Delory und Genossen bestellt ist. —

Italien.

Gibt es für den Journalisten ein Berufsgeheimnis? Mit dieser Frage hat sich der Gerichtshof in der 16. Sitzung des Prozesses Ferri-Vetolli befassen müssen, um sie nach kurzer Beratung zu verneinen. Der Chefredakteur des Genueser „Corriere Mercantile“, Rechtsanwalt Lanza, verweigerte die Nennung seines Gewerksmannes, der ihn über die von Ebertoli bezogene Vermittlergebühr informiert hatte. Der Präsident beehrte ihn daher mit den Maßregeln, die bei Jugendverweigerung angewendet werden. Lanza hat, ihm als Journalist das Berufsgeheimnis zugesprochen. Das Gericht entschied aber, daß es für den Journalisten ein Berufsgeheimnis nicht gebe, da er durch die Mitteilung von Dingen oder Namen, die er in der Ausübung seines Berufes erfahren

habe, keiner Strafverfolgung entgehen, wie das z. B. beim Arzt der Fall sei. Lanza mußte also seinen Gewerksmann nennen.

Im Interesse der Presse wäre es wohl zu wünschen, daß die Auffassung des römischen Gerichtshofes nicht allgemein würde. Eventuell müßten die Bestimmungen, auf die sie sich stützt, eine Abänderung erfahren. —

England.

Das Duell Bebel-Bilow.

London, 12. Dezember. (Eig. Ber.) Die Entrede Bebel und die Antwort Bilow haben in der englischen Presse mehr als gewöhnliches Interesse erregt. Selbstredend nicht wegen der Zukunftsstaats-Bühe Bilow's, die hier allgemein als Trivialität betrachtet werden. Das Hauptinteresse der englischen Presse am Debeduell beschränkt sich auf die Erklärung, die Bebel dem Reichskanzler abzwang, daß Deutschland in der Mandchurei nichts zu thun habe.

Selbstredend ist diese Antwort ausweichend. Daß Deutschland sich nicht bei Beginn des russisch-japanischen Krieges auf seinen Rußland stellen wird, ist gewiß richtig. Dies wäre ja gar nicht im Interesse Rußlands. Denn ein Neutralitätskrieg Deutschlands zum Schaden Japans würde eine Aufforderung an England sein, sich aktiv auf seinen Japan zu stellen. Die Frage ist vielmehr die: Ein russisch-japanischer Krieg wird langwierig sein. Rußland wird zwar siegen, aber der Krieg wird Rußland so erschöpfen, daß es nicht die Kraft haben wird, den Sieg auszunutzen. Die eigentliche Entscheidung wird sodann England und den Vereinigten Staaten zufallen, die alles Interesse haben, die russischen Ansprüche auf ein Minimum herabzusetzen. Wie wird in einem solchen Falle die Haltung Deutschlands sein? Dies ist die Frage. Der Vorwurf Bilow's, Bebel wolle die russisch-deutsche Freundschaft fördern, ist komisch. Denn es besteht ja gar keine russisch-deutsche Freundschaft, wohl aber besteht eine russisch-französische Allianz, die den Nebenbuhler denken wieder lichterloh entfacht; ebenso besteht eine entschiedene feindliche Rivalität zwischen Deutschland und Rußland in Kleinasien, wo Deutsche eine Reorganisationsarbeit leisten, die Rußlands Politik durchkreuzt. Daß Bebel wirklich fördern wollte, ist die degradierende Liebesdienerei Deutschlands gegenüber den Interessen der zarischen Despotie. —

Die Erskawahlen in den Londoner Wahlbezirken Lewisham und Dulwich, welche bisher bekanntlich durch Konservative berieten waren, endeten in beiden Bezirken zu Gunsten der Anhänger Chamberlains. In Lewisham wurde der Konservative Coates mit 7700 Stimmen gewählt, während der freihändlerische Gegenkandidat Cleland (liberal) 5667 Stimmen erhielt. In Dulwich siegte der konservative Antiferd Haris mit 8810 Stimmen über den liberalen Gegenkandidaten, den Freihändler Mateman, für den 4382 Stimmen abgegeben wurden. —

Schweden.

Eine Massendemonstration gegen jede Verjährung der Wahlrechts-Reform fand kürzlich in Stockholm statt. In neun Lokalen der Stadt wurden Versammlungen abgehalten. Sämtliche Lokale waren überfüllt, Hunderte von Besuchern konnten keinen Einlaß mehr finden. In allen Versammlungen wurde die von der Arbeiterkommune vorgeschlagene Resolution, teils in verstärkter Form, angenommen. Die Arbeiterpartei Stockholms protestiert in dieser Resolution gegen die Vorschläge des proportionalen Wahlrechts-Komitees, die als eine neue konservative „Garantie“ schon allein deswegen anzusehen sind, weil sie sich nur auf die Wahlen zur Zweiten Kammer beziehen, während die Alleinherrschaft der bestehenden Minderheit in der Ersten Kammer vollständig aufrecht erhalten bleiben soll. Unbedingte wird das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht verlangt, und zwar in solcher Form, daß die Mehrheit des schwedischen Volkes durch die vollgewählte Kammer Herr im eignen Hause werden kann. — In einer der Versammlungen wurde ein Zusatz zur Resolution angenommen, der dahin geht, daß, falls der zu erwartende Entwurf der Regierung sich als unannehmbar erweist, die Arbeiter von neuem in den Generalstreik treten und die Arbeit dann nicht eher wieder aufnehmen, bis die Wahlrechtsfrage zufriedenstellend gelöst ist. —

Aus der italienischen Partei.

Rom, den 12. Dezember. (Eig. Ber.)

Wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben, hat die italienische Parteileitung den nächsten Parteitag für die Tage des 8., 9., 10. und 11. April in Bologna einberufen. Dieser Entscheidung ist eine lebhaftige Diskussion vorangegangen, die zu einer Art Kompromiß in Bezug auf Zeit und Ort des Kongresses geführt hat.

Da von Seiten mehrerer Partei-Abteilungen Protest gegen das Verbleiben Turatis und Bissolati im Vorstand erhoben worden waren, hat sich die Parteileitung zunächst mit dieser Frage befaßt. Für Bissolati war der Vorstand darüber einig, daß er an Ferris Stelle Mitglied des Vorstandes sei, da statutenmäßig die Ergänzungswahl der fünf Abgeordneten im Vorstand durch die Faktion vorgenommen werden kann und durch Ferris Wahl zum Chefredakteur des „Avanti“ ein Sitz frei geworden war. Was das Verbleiben Turatis betrifft, so wurden drei Tagesordnungen eingebracht. Eine von Longobardi, die Turati nicht als Mitglied des Vorstandes gelten läßt, eine von Soldi und Ferri, die die Entscheidung dem Parteitag anheimstellt, und eine von Chiesa, die Turati auffordert, im Hinblick auf die Abstimmung des Parteivorstandes vom 4. November (wonach am nächsten Kongreß alle die Organisationen teilnehmen können, die auf dem Boden des Parteiprogramms stehen) seinen Sitz im Vorstand inne zu behalten. Die Tagesordnung Chiesa ging gegen die Stimmen Ferris, Soldis und Longobardi durch, womit also Turatis Verbleiben im Parteivorstand gebilligt ist.

Darauf ging man zur Diskussion über den Zeitpunkt des nächsten Kongresses über. Diese Frage, bereits gelöst durch das Votum vom 4. November — wo man Stimmengleichheit erzielte und so den normalen Zeitpunkt, September, beibehielt — ist wieder auf das Tapet gebracht, durch die Forderung der Sektionen, sie durch Referendum zu entscheiden. Nicht weniger als 60 Sektionen hatten gewünscht, daß das Referendum entscheidet a) über den Zeitpunkt des Kongresses; b) über den Ort; c) über die Zulassung oder Nichtzulassung der Sektionen, die sich von der ordentlich konstituierten Parteisektion ihres Ortes losgelöst haben.

Die Diskussion über diese Frage hat zwei volle Tage gedauert. Turati hat sich mit aller Energie gegen das Referendum ausgesprochen. Wahl des Ortes und der Zeit siehe der Parteileitung zu. Was die Zulassung der autonomen Gruppen betrifft, so hätte darüber die Tagesordnung vom 4. November entschieden. Hauptaufgabe des Kongresses sei eben die Lösung des inneren Zwiespalt. Schlüsse man aber die Dissidenten vom Kongreß aus, so verheißt dieser eben seinen Zweck. Nicht das Referendum, der Kongreß solle entscheiden. Turati reicht eine fast eine Spalte lange Tagesordnung in diesem Sinne ein. Dieser steht eine Tagesordnung Ferris entgegen, die betont, daß das Referendum laut § 14 des Organisationsstatuts gewählt werden muß, wenn 20 Sektionen es fordern, die ferner den Wunsch ausdrückt, die Sektionen wollen den wenigen bis heute existierenden Dissidenten-Gruppen die Teilnahme freistellen, aber die sich etwa jetzt nachträglich neu bildenden autonomen Gruppen ausschließen und das Parteisekretariat beauftragt, das Referendum zu organisieren. Zwei weitere Tagesordnungen Chiesa und Costa wurden auch zur Debatte gestellt.

Die lange und lebhafteste Diskussion kann hier nicht wiedergegeben werden. Das Endresultat war ein Kompromiß zwischen der reformistischen Mehrheit und der intransigenten Minderheit im Vorstand. Die Mehrheit konnte das Referendum verwerfen und den

Kongress — wie sie es wünschte — bis September verschoben. Dann hätte sie sich aber einer offensibaren Vergeßlichkeit des Organisationsstatuts schuldig gemacht, wozu ihr wohl der Mut fehlte. Deshalb schlug sie zwar das Referendum ab, gewährte aber das, was die Parteigenossen mit dem Referendum beabsichtigten, nämlich die verschärfte Einberufung des Kongresses. Die Sektionen, die das Referendum forderten, sind somit durch die Genüßlichkeit ihrer Wünsche schon halb befriedigt und werden vielleicht nicht wegen der Mißachtung ihres rechtmäßigen Schutzes um das Referendum Beschwerde führen.

Im Interesse des Parteilebens, insbesondere im Interesse des „Avanti“, war die verschärfte Einberufung des Kongresses dringend notwendig. Der „Avanti“ hat jetzt eine mittlere Auflage von 55 000 Exemplaren, also fünfmal soviel, wie er im Frühjahr dieses Jahres hatte. Sein Redaktionsstab ist vermehrt, seine Finanzlage günstig. Aber er muß, um sich auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, technische Verbesserungen erfahren, vor allem sein Format vergrößern. Da er durch Kontrakte an sein jetziges Format gebunden ist und große Kapitalaufwände zur Vergrößerung des Formats machen müßte, — wozu natürlich ein bedeutendes Risiko verknüpft ist, — will die Administration eine Autorisation des Kongresses haben, ehe sie große Umgestaltungen des Blattes unternimmt. Je länger man diesen Parteitag hinauszieht, um so kritischer würde die Lage unseres Centralorgans.

Was die Teilnahme der Dissidenten-Gruppen betrifft, so beschloß der Parteivorstand, die bis heute bestehenden (2 von 3) zuzulassen, etwaige sich im Hinblick auf den Parteitag bildende auszuschließen. Zugelassen werden außer den Vertretern dieser zwei oder drei Gruppen alle regelrecht eingetragenen Sektionen, die für je hundert Mitglieder Recht auf einen Repräsentanten haben. Eine Sektion, die weniger als 100 Mitglieder zählt, kann einen Delegierten senden. Um die dadurch drohende Uebermacht der kleinen ländlichen Sektionen zu verhindern, zählt bei den Namensabstimmungen jeder Delegierte für so viel Stimmen, wie er vertritt, was zu einer schönen Reinerlei Anlaß geben wird.

Schließlich wurde die Tagesordnung festgesetzt, die der heutige „Avanti“ veröffentlichen wird. Sie lautet wie folgt:

1. Bericht des Parteivorstandes. Referent **Vazzani, Lambiardi**.
2. Bericht der Parlamentsfraktion. Referent **Costa**.
3. Bericht des „Avanti“. Referent **Ferri**.
4. Partei-Aktion in Bezug auf:
 - a) das Eisenbahn-Problem, Referent **Rospi und Labriola**;
 - b) das Abgabewesen, Referent **Wonomi**;
 - c) das Zollwesen, Referent **Soldi**;
 - d) die meridionale Frage, Referent **Ciccotti**;
 - e) Sociale Gesetzgebung, Referent noch nicht bestimmt;
 - f) die Regierung und die politischen Institutionen, Referent noch nicht bestimmt.
5. Organisationsstatut. Referent noch nicht bestimmt.

Ueber die Wahl Bolognas ist noch zu bemerken, daß die Stadt im Centrum der reformistischen Bewegung liegt. Aus dem Süden sind bereits Proteste eingelaufen, da in Imola für den nächsten Parteitag eine südlich gelegene Stadt in Aussicht genommen war.

Gewerkschaftliches.

Crimmitschau.

Bedeutliche Hilfsaktionen.

Die Crimmitschauer Fabrikanten erhalten jetzt zu den selbstlosen behördlichen Hilfsaktionen noch die etwas verdächtigere Hilfe ihrer Kollegen aus andren Distrikten. Schon vor etwa drei Wochen fand in Berlin eine geheime Konferenz von Textil-Industriellen statt, in welcher die Vertreter der Crimmitschauer Fabrikanten schiederten, wie sehr ihnen das Messer an der Kehle sitze. Die Vertreter vorgeschrittenerer Bezirke erklärten rund heraus, daß sie gar keine Veranlassung hätten, gegen die zehnständige Arbeitszeit an sich Stellung zu nehmen. Wenn die Crimmitschauer Fabrikanten die damalige Krise überstanden haben, so liegt dies nur daran, daß ihnen das erneute Vorgehen der Verhängung des Belagerungszustandes und das Verbot der Versammlungen wieder Mut machte.

Jetzt kommen aus Forst und Stottbus Mitteilungen, wonach die dortigen Fabrikanten nachträglich sich doch noch zu einer Hilfsaktion für ihre Crimmitschauer Kollegen aufriefen. Das kam zu zwei Ursachen: einmal, daß diese Fabrikanten trotz ihrer wenig liebevollen Meinung von den Herren Kollegen in Crimmitschau sich dennoch mit ihnen als Klassengenossen eins fühlen, dann aber auch, daß es ihnen geschäftlich ganz recht sein kann, wenn der Kampf in Crimmitschau eine zweite Saison dauert und ihnen so ein gültig die Aufträge zufallen, die den Crimmitschauern verloren gehen. Abgleich wie uns wohl bewußt sind, daß bei einer Anzahl der freundlichen Helfer diese letztere Kalkulation wohl ausschlaggebend ist, nehmen wir dies für die Mehrheit der Herren nicht an. Es hieße Selbsttäuschung schlimmster Art treiben, wenn wir uns nicht darüber klar wären, daß es das Klassengefühl der Kapitalisten ist, das sie heißt, selbst mit ungen gesehenen Konkurrenten und selbst für eine von ihnen sonst nicht gut gezeigene Sache durch die und dünn zu gehen. — Aber, welches Motiv auch immer dieser jetzt sich regenden Hilfsbereitschaft des Textil-Unternehmensmenschen zu Grunde liegen mag, die Wirkung muß sie zweifellos haben, daß sie — weil daraus die Crimmitschauer Fabrikanten noch einmal für ein paar Wochen Mut schöpfen — den völligen Zusammenbruch der Crimmitschauer Textilindustrie herbeiführt.

Schon ist ein Teil der Crimmitschauer Arbeit nach München-Bladbach, nach Forst und Stottbus verloren gegangen. Für die vorige Saison war noch mander Abnehmer an Crimmitschau gebunden. Heute ist das nicht mehr der Fall. Heute weiß man, daß ein nach Crimmitschau gehender Auftrag gar nicht ausgeführt werden kann, so lange die Ausperrung andauert und so richten die Abnehmer, die übrigens von den Crimmitschauer Fabrikanten in ähnlicher Weise von oben herab behandelt wurden wie die Arbeiter, ihre Bestellungen schon jetzt nach andren Orten. Da haben allerdings die Forster, Stottbuser und andre Fabrikanten leicht den Generösen zu spielen. Die zwei Prozent von der Lohnsumme, welche sie nach Crimmitschau als Unterstützung zahlen, sind gut angelegte Spesen, einträglicher als alle Injektionen, Cirkulare und Reisepfenn.

Für das Linsengericht dieser Unterstützung verkaufen die Crimmitschauer Fabrikanten ihre Existenz!

Wenn zwei dasselbe thun!

Siebzehntausend brave und fleißige Arbeiter und Arbeiterinnen warfen die Crimmitschauer Fabrikanten strupplos auf die Straße. Sie würden gornig und erstarrt lachen, wenn man ihnen zumutete, diesen Keuten für den zugefügten Schaden eine Entschädigung zu zahlen. Bleibt den Herren aber ein Arbeiter oder Arbeiterin weg, so rasen sie vor Wut und machen, wenn irgend angänglich ist, Klagen gegen dieselben geltend. Vor dem Gewerbegericht erheben sie immerwährend derartige Klagen. So klage dieser Tage ein Fabrikant gegen eine Arbeiterin. Die Beklagte hatte einen Tag in der Fabrik gearbeitet und war dann weggeblieben. Offenbar hatte sie nicht arbeitswilligendienste verrichten wollen. Der Schaden, welcher durch das Wegbleiben entstanden, sollte ein ungeheuerlicher sein, da diese die einzige Dreifacharbeiterin in der Fabrik war. Durch das Wegbleiben hat nun der Meister diesen Posten ver-

treten müssen. Der Meister koste sie noch pro Woche 30 M.; drei Wochen kommen in Betracht, macht 90 M., davon gehen an Lohn für die Dreifacharbeiterin 11 M., also 79 M., ab. Da diese nur einen Tag gearbeitet, waren 17 Tage zur Berechnung heranzuziehen, also 53,83 M. Die Beklagte wurde verurteilt, an den Kläger 53,83 M. Schadenersatz zu zahlen und hat die Kosten des Verfahrens in Höhe von 3 M. zu tragen. Die Beklagte ist aber fort, niemand weiß, wo sie hin ist. Auch ist sie so arm, daß eine eventuelle Pfändung erfolglos sein würde. — Eine weitere Klage richtete sich gegen den Spinner Horn von der Firma Bernhard Schönsfeld. Derselbe war ebenfalls nicht zur Arbeitsstätte gekommen. Der Beklagte hatte zwar am andern Morgen Herrn Sch. mittels Briefes mitgeteilt, daß er krank sei, Herr Sch. glaubte ihm aber nicht, sondern vermutete, die bösen Streulenden hätten ihn verheßt und wieder aus der Fabrik herangesholt. Auch Herr Schönsfeld stellte die Festsetzung des Schadens ins richterliche Ermessen. Beklagter war gegen einen festen Wochenlohn von 23 M. angestellt. Die Fabrikordnung enthielt nur einen Passus, wonach in einem derartigen Falle ein Betrag in Höhe eines Wochenverdienstes der Krankenkasse zu überweisen ist. Durch Zeugen und ärztlichen Krankenschein wies der Vertreter des Beklagten, Genosse Fiedler, nach, daß Beklagter an demselben Tage noch krank war. Herr Sch. glaubte jedoch dieses alles nicht. Das Gewerbegericht wies den Kläger mit feiner Klage ab. Dieser hat die Kosten des Verfahrens von 1,50 M. zu tragen.

Also auch mit den „Arbeitswilligen“ machen die Herren unangenehme Erfahrungen!

Berlin und Umgegend.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Stellmacher. In einer am Sonntag abgehaltenen Branchenversammlung der im Holzarbeiter-Verband organisierten Stellmacher wurden die Ergebnisse einer Erhebung vorgelesen, welche die Organisation im November dieses Jahres veranstaltet hat. Danach sind in Berlin 144 Werkstätten von Stellmachern vorhanden, die insgesamt 270 Gesellen beschäftigen. In 75 Werkstätten arbeiten nur je 1 Geselle, in 42 Werkstätten je 2, in 14 je 3, in 4 je 4, in 5 je 5, in 3 je 6, und in einer Werkstatt 10 Gesellen. Es herrschen also die kleinsten Betriebe vor, und deshalb ist es der Organisation schwer, mit den Arbeitern ihres Berufes Fühlung zu bekommen. In den Werkstätten, wo die Verhältnisse festgestellt wurden, waren nur etwa die Hälfte aller Beteiligten vertreten, nämlich 144 Gesellen aus 62 Werkstätten. In 29 Werkstätten mit 77 Gesellen herrschte die 9stündige Arbeitszeit, in 10 Werkstätten mit 28 Gesellen wird 9 $\frac{1}{2}$ Stunden, in 21 Werkstätten mit 32 Gesellen 10 Stunden täglich, und in 2 Werkstätten mit 5 Gesellen 59 Stunden wöchentlich gearbeitet. Größtenteils ist also die 9stündige Arbeitszeit durchgeführt. Bezeichnend ist, daß der Wochenverdienst bei 10stündiger Arbeitszeit nicht höher ist, wie bei der 9stündigen, so daß da, wo 10 Stunden gearbeitet wird, der Stundenlohn niedriger ist, wie in den Werkstätten mit 9stündiger Arbeitszeit. Es ist festzustellen, daß die durchschnittlichen Stundenlöhne der Maschinenmacher bei 9stündiger Arbeitszeit 53 $\frac{1}{2}$ Pf., bei 9 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit 52 Pf., bei 10stündiger Arbeitszeit aber nur 48 Pf. beträgt. Bei den Rademachern sind durchschnittliche Stundenlöhne ermittelt worden von 46 $\frac{1}{2}$ Pf. bei 9stündiger, 43 Pf. bei 9 $\frac{1}{2}$ stündiger, 40 $\frac{1}{2}$ Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die meisten Kollegen einen Wochenlohn von 24 M. verdienen. Ueberstunden werden nur wenig gemacht, in den meisten Fällen aber nicht mit einem besonderen Zuschlag vergütet. Weitere Ermittlungen beziehen sich auf Betriebs-einrichtungen. In dieser Hinsicht wurde festgestellt, daß nur in drei Werkstätten Waschvorrichtungen vorhanden sind. Alle Werkstätten, mit Ausnahme von 11, haben maschinelle Einrichtungen, aber nur in sechs derselben ist ein Verbandskasten zur Benutzung bei Verletzungen vorhanden. Das Ergebnis der Ermittlungen wurde als ein im allgemeinen zutreffendes Bild der im gesamten Stellmachergewerbe Berlins herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezeichnet. — Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Handhabung der Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis der Innung besprochen. Dieser Nachweis befindet sich in einem Schanklokal, dessen Wirt zugleich der Arbeitsvermittler ist. Es wird darüber geklagt, daß die Ausgabe von Arbeit sich nicht auf die Zeit von morgens 8—10 Uhr beschränkt, sondern sich über den ganzen Tag erstreckt. Die Arbeitslosen sind deshalb genötigt, sich täglich sehr lange Zeit im Nachweislokal aufzuhalten, und es wird behauptet, daß diejenigen bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt werden, welche auch in dem Schanklokal möglichst viel verzehren. Der Arbeitsvermittler und Inhaber des Lokals, der sich an der Debatte beteiligte, bestritt zwar, daß er irgend jemand veranlaßt habe, als Entgelt für überwiesene Arbeit etwas zu verzehren, andererseits wurde jedoch unwidersprochen bestritten, daß die Frau in einem Gassen, nachdem er in Arbeit getreten war, nahegelegt habe, er möge doch, da er jetzt Arbeit habe, ein paar „Landwebröpfe“ zum besten geben. Der Gesellenausschuß hat die Innung schon öfter um Abstellung der gerügten Mißstände, namentlich um Festlegung einer bestimmten Tageszeit für die Arbeitsvermittlung ersucht, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Diese Zustände wurden allgemein verurteilt, und der Branchenkommission anheimgegeben, auf Beseitigung der Mißstände hinzuwirken.

Die Arbeitslosen-Unterstützung der Maler. Am 15. d. Mts. fand in der Vereinigung der Maler die Abstimmung statt über die beiden Vorschläge, welche der Hauptvorstand zur Arbeitslosen-Unterstützung gemacht. Die Berliner Mitglieder brachten den Vorschlägen nur ein sehr geringes Interesse entgegen. Von mehr als 2000 Mitgliedern der Filiale I beteiligten sich nur 1243 an der Abstimmung. Von diesen stimmten 681 für einen der beiden Vorschläge und 445 gegen dieselben, während 117 Stimmen unglücklich waren. Zu bemerken ist hierbei, daß das geringe Interesse sowie die Abstimmung selbst nicht gegen die Arbeitslosen-Unterstützung an sich spricht, sondern nur gegen die Vorschläge des Vorstandes, die den Arbeitslosen zu wenig bieten.

Achtung! **Koboldpuder, Spanner, Cementierer!** Die Firma Julius Beermann, Siedende, Park, Ecke der Friedenauer Straße, ist für sämtliche Kollegen wegen Accordarbeit und Nichtanerkennung unfres Vertrages gekipert. Die Bauten befinden sich in Steglitz Stubenrauch-Platz; Treptow, Eisenstraße; Treptow, Stettinerstraßen-Ecke, Christianiastraße, Kopernikusstr. 10 und Verdingenstraße. Der Vorstand der Sektion der Gips- und Cementbranche.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Buchbinder haben sich, gewißigt durch schlechte Erfahrungen bei ihrer Bewegung im Jahre 1900, genötigt gesehen, ihre Lohnkommission bestimmen zu lassen, obgleich sie ihre Forderungen in der Hauptsache durchgeführt haben. Vor drei Jahren wurden die Unternehmer nach beendeter Bewegung vorbrüchig, ohne daß Gegenmaßnahmen erfolgten. Das soll nun vermieden werden. Sofern diesmal Durchführungen der getroffenen Vereinbarungen versucht werden oder Nichtverbandsmitglieder unter niedrigeren Bedingungen eingestellt werden, sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, dies sofort der Lohnkommission mitzuteilen, welche die geeigneten Schritte einzuleiten hat. Findet die Lohnkommission, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der getroffenen Vereinbarungen die Verbandsmitglieder dieserhalb die Arbeit einzustellen haben, so ist der dahingehenden Aufforderung seitens der Mitglieder unbedinglich Folge zu leisten, andernfalls der Ausschluss der betreffenden Mitglieder zu beantragen ist. Alle Geschäfte, die nicht auf der Liste der bewilligten Geschäfte stehen, sind als gekipert zu betrachten und dürfen Verbandsmitglieder in solchen Geschäften nur dann in Arbeit treten resp. weiterarbeiten, wenn sie hierzu die Genehmigung seitens der Lohnkommission eingeholt haben.

Eine Lohnbewegung der Musterzeichner in Gera hat mit teilweisem Erfolge geendet. Erzielt wurde eine durchschnittliche Lohn-

zulage von einer Mark pro Woche und ein Zuschlag für Ueberstunden von sieben bis zehn Pfennig pro Stunde sowie Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Der Minimallohn für Ausgelernte wurde auf 15 M. festgesetzt. Die Arbeitszeit wird in zwei Ateliers auf 9 Stunden, in den übrigen Ateliers auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden verkirzt. Ueber einem bewilligten sämtliche Atelier-Inhaber jährlich drei Tage bezahlte Ferien. Arbeitsausschüsse wurden anerkannt, jedoch die Hausarbeiten beibehalten.

Gerichts-Zeitung.

Eine Brandstiftung. Mit unglaublicher Freivolität wurde eine Straftat ausgeführt, welche gettern das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte. Der Klavierspieler **Eugen Schmidt**, ein heruntergekommener Mensch, war der vorjährigen Brandstiftung angeklagt. Am Nachmittage des 20. September d. J. betrat der Angeklagte die Gastwirtschaft von Blank, Gerichtstraße 61. Er ließ sich einen Schnaps geben, den er bezahlte. Als er dann Platz genommen, rief er dem ihm bekannten Wirt zu, er möge ihm einen Thaler leihen. Als der Angeklagte eine ablehnende Antwort erhielt, äußerte er zu den übrigen Gästen: „Innerhalb einer halben Stunde werde ich einen Thaler haben!“ Bald darauf verließ er das Gastzimmer, ging in das Billardzimmer und nahm dort aus einem Behälter eine Anzahl Streichhölzer an sich. Dann ging er auf den Hof, öffnete eine Fallthür, die zum Keller führte und ging hinunter. Er kam bald wieder zum Vorschein, blieb noch eine kurze Zeit auf dem Hofe stehen und ging dann, als er bemerkte, daß Rauch durch die Fallthür quoll, nach der nur wenige Häuser davon gelegenen Feuerwache, wo er den Brand anmeldete und sich für die erste Meldung den üblichen Thaler ausbat. Als er den Flur des Brandstifters Hauses verlassen wollte, war ihm ein Bekannter begegnet, dem er zugerufen hatte: „Ruh auf, es wird hier gleich brennen!“ Auf der Feuerwache legte er sich den Namen seines Bruders, des Arbeiters **Theodor Schmidt**, bei. Darauf begab der Angeklagte sich nach dem Brandstifters Schanklokal zurück und nahm ruhig unter den Gästen Platz. Gleich darauf kam die Feuerwehr an, welche sich sofort mit der Löschung des Brandes, der im Keller ausgebrochen war, beschäftigte. Wäre die Feuerwehr nicht in der Nähe gewesen, hätte in dem dichtbebauten Hause ein großes Unglück entstehen können. Das Feuer blieb auf den Keller beschränkt, die darin befindlichen Waren wurden aber vollständig vernichtet und es entstand ein Schaden von etwa 3000 M. Daß der Brand angelegt war, war außer jedem Zweifel, und den Umständen nach konnte nur der Angeklagte der Thäter sein. An der Brandstelle wurden Zündhölzer gefunden, welche mit dem im Brandstifters Lokal benutzten übereinstimmten.

Im Termine erklärte der Angeklagte, daß er von der ganzen Sache nichts wisse, er müsse sinnlos betrunken gewesen sein. Die Zeugen beauftragten übereinstimmend, daß der Angeklagte nur ange-trunken gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte denn auch das Schuldis, indem er darauf hinwies, daß ein sinnlos betrunkenener Mensch die schwere Fallthür unvorsichtig hätte aufheben können und auch nicht berechnendweise auf der Feuerwehr einen falschen Namen angegeben hätte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt **Zeig**, hob dagegen hervor, daß die That und deren Beweggründe so unglaublich seien, daß sie nur von unzurechnungsfähigen Menschen begangen sein könne. Die Möglichkeit sei auch nicht ausgeschlossen, daß ein anderer, durch die Redensarten des Angeklagten dazu angeregt, das Feuer angelegt habe. Welcher Brandstifter würde wohl, unmittelbar nach dem verübten Verbrechen zu einem anderen sagen: „Passe auf, es wird gleich brennen!“ Sei der Angeklagte der Thäter gewesen, so müsse er thatsächlich sinnlos betrunken gewesen sein. Der Verteidiger hat aus diesen Gründen um Freisprechung.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldis, worauf der Staatsanwalt gegen den Angeklagten drei Jahre Zuchthaus beantragte. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus und dreijährigen Ehrverlust.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Rom, 16. Dezember. (S. Z. B.) Bei der fortgesetzten Debatte über den Etat des Auswärtigen bringt **Alfred Vaccelli** die Frage der Handelsverträge zur Sprache und führt die Gründe an, aus denen er es nicht für nützlich hält, daß auch Italien einen Handelsvertrag veröffentliche. Der Vertrag mit Deutschland müsse und könne auf der Grundlage des jetzigen italienischen Tarifs abgeschlossen werden. Medner spricht schließlich den Wunsch aus, daß die Regierung die Interessen des arbeitenden Italiens schützen werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Marazzi führt aus, er sei überzeugt, das Ziel des Dreibundes sei einzig und allein der Frieden. Medner führt weiter aus, er sei auch überzeugt, daß die Ursachen zu Unversöhnlichkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Frankreich verschwunden seien. **Gaetani di Laurenzana** äußert sich billigend darüber, daß die Regierung der Dreibund-Politik treu zu bleiben beabsichtige. Medner spricht seine Freude über das herzliche Einbernehmen Italiens mit Frankreich und England aus. **De Robellis** erklärte, er erwarte, daß Minister **Tittoni** eine beständige und entschlossene Politik befolgen werde, welche die Interessen und Rechte Italiens wirksam schütze.

Königsberg i. Pr., 16. Dezember. (S. Z. B.) Nach einer Meldung aus Profitten ist das russische Dorf **Venezkovo** bis auf wenige Gebäude niedergebrannt. Große Erntevorräte sind vernichtet.

Bezüglich der von **Alfred Vaccelli** angeregten Frage der Handelsverträge äußert der Minister, er könne natürlich keine weitgehenden Erklärungen abgeben, da die Verhandlungen noch im Gange seien. Die Regierung werde aber morgen eine Vorlage einbringen, die sie für verschiedene Eventualitäten ermächtige, zum Schutze der italienischen Interessen entsprechende Maßregeln zu treffen. Weiter sagt der Minister, er freue sich, erklären zu können, daß die Verhandlungen mit Deutschland einen günstigen Fortgang nehmen und einen besriedigenden Abschluß erwarten lassen. Die Verhandlungen mit der Schweiz wurden eifrig in Angriff genommen, er könne aber nicht versichern, daß die Schwierigkeiten weder wenig zahlreich noch geringfügig seien. Bezüglich der Verhandlungen mit Oesterreich liege die Schwierigkeit in den Dingen selbst, auf beiden Seiten aber sei der gute Wille groß.

Studenarrest-Zühne.

Reg., 16. Dezember. (S. Z. B.) Das Kriegsgericht verhandelte heute im Anschluß an den Prozeß **Schilling** gegen Hauptmann **Pajschke** und Feldwebel **Kassarnel** von der 4. Compagnie des Regier Infanterie-Regiments Nr. 98: sie wurden beschuldig, dienliche Vorfälle werden von Soldaten nicht weitergegeben und andre Unterlassungen begangen zu haben. Hauptmann **Pajschke** wurde zu fünf Tagen Studenarrest verurteilt, **Kassarnel**, der erst seit kurzer Zeit in seiner jetzigen Stellung ist, wurde freigesprochen, da er wieweniger machen die Hauptschuld seinen Vorgänger trifft.

Leipzig, 16. Dezember. (S. Z. B.) Die Verhandlungen der Kette mit der Orts-Krankenkasse hat heute, obwohl die Kette sich zu Zugeständnissen bezüglich ihrer Donationsforderungen bereit erklärte, an der ablehnenden Haltung des Kassenvorstandes gescheitert.

Noskawa, 16. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Heute wurde in Tokio behufs Erörterung der Antwort Rußlands an Japan eine außerordentliche Beratung der „alten Staatsmänner“ abgehalten, an der sich auch **Marquis Ito**, die Minister des gegenwärtigen Kabinetts sowie **General Kodama**, der stellvertretende Generalabschluß, letzterer zum erstenmal, beteiligten. In der Admiralität zu Tokio herrscht neuerdings eine lebhaftere Thätigkeit, weil möglicherweise eine Flottenkündung erforderlich wird.

Partei-Nachrichten.

Die Gemeinderats-Wahlen in Stuttgart. Die Zahl und Herkunft der abgeänderten Stimmzettel ist jetzt, wie wir aus der „Tagwacht“ erfahren, festgestellt worden. Es wurden abgeänderte Zettel abgegeben von der vereinigten Rechten 753, Bürgerverein 273, Volkspartei 457, Sozialdemokratie 244, Unparteiische 142. Die 457 abgeänderten volksparteilichen Zettel sind der vereinigten Rechten zu gute gekommen; ob aber gerade den aus dieser Gruppe Gewählten oder den Unterlegenen, läßt sich aus den vorliegenden Angaben nicht beurteilen, da ja die vereinigte Rechte eine weit größere Zahl abgeänderter Zettel aufweist. Es kann deshalb auch nicht mit Sicherheit die Behauptung aufgestellt werden, daß alle sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden wären, wenn alle volksparteilichen Zettel unabgeändert abgegeben worden wären; nur für noch einen oder zwei Sozialdemokraten könnte man mit ziemlicher Gewißheit sagen, sie wären in diesem Falle gewählt worden. Deren Niederlage kann man also ganz gewiß auf das Konto der unsicheren Kandidaturen der Volkspartei legen; bei den anderen zwei oder drei Sozialdemokraten ist die Differenz gegen die Stimmen der gewählten Deutschpartei so groß, daß sie nur dann hätten gewählt werden können, wenn die abgeänderten volksparteilichen Stimmen auf die gewählten Deutschpartei gefallen sind, diesen also im anderen Falle entgangen wären.

Indes muß mit Bedauern konstatiert werden, daß auch 244 Wähler unserer Partei dem Beschlusse der Parteiverammlung nicht gefolgt sind; sie haben den offiziellen Stimmzettel abgeändert. Es sind prozentual erheblich weniger wie bei der Volkspartei, aber es sind genug vom Standpunkte sozialdemokratischer Auffassung von Parteipolitik, um zu ernstlichen Bedenken Anlaß zu geben. Der verbündeten Volkspartei hat die Abspaltung der 244 sozialdemokratischen Stimmen keinen Schaden getan, ihre vier Kandidaten sind gewählt worden, aber trotzdem würde sie, machte man ihr Verhalten wegen ihrer Marodeure, mit Recht auf die sozialdemokratischen Marodeure hinweisen können.

Die „Schwäbische Tagwacht“ zieht aus dem Wahlausfall die Lehre, daß die Partei fortgesetzt arbeiten müsse für Erwerbung des Bürgerrechts durch die Arbeiter. Das schließt schon in sich, es sollte aber auch ruhig offen ausgesprochen werden: das Ziel, nach dem allein zu streben ist, ist innere Festigung und Stärkung der eignen Reihen, um aus eigener Kraft in der Gemeindeverwaltung zu dem Einfluß zu kommen, der der Arbeiterklasse gebührt.

In Heilbronn wurden zwei Parteigenossen in den Gemeinderat gewählt, so daß jetzt im ganzen drei darin sitzen.

Auf dem Parteitag für das westliche Westfalen, der am Sonntag und Montag in Bismarck bei Bielefeld abgehalten wurde, nahm man zu den Landtagswahlen folgende Resolution an: „Der Parteitag für das westliche Westfalen erklärt, daß der Ausfall der preussischen Landtagswahlen im allgemeinen, wie in Bochum-Dortmund im besonderen, keineswegs Veranlassung geben kann, von der ferneren Beteiligung abzusehen. Denn einmal ist erster und letzter Zweck der Beteiligung die Agitation, so kann das Resultat der diesjährigen Wahl — als unter völlig fremden Verhältnissen getätigt — nicht die Ansicht rechtfertigen, von der weiteren Beteiligung abzusehen oder gar die einzelnen Kreise daran zu hindern.“

Zu den Gemeindevahlen wurde beschlossen, daß Kompromisse nur mit Zustimmung des Kreis-Vertrauensmannes resp. des Landes-Vertrauensmannes geschlossen werden dürfen. Den Gemeindevorteilern soll die „kommunale Praxis“ auf Kosten der örtlichen Parteifläche geliefert werden.

Zur Frage Organisation wurde ein Komitee gewählt mit dem Auftrage, ein Organisationsstatut für den Bezirk auszuarbeiten und dem nächsten Provinzialparteitage vorzulegen.

Aus Industrie und Handel.

Die neue deutsche Reichsanleihe. Schon seit einiger Zeit hat man sich an den Gedanken gewöhnt, daß das Deutsche Reich nach Genehmigung des Etats, also etwa im April 1904, mit der Aufnahme einer neuen Reichsanleihe vorgehen wird, um den Bedarf, der sich nach der Auffüllung des Etats auf etwa 214 Millionen Mark beläuft, zu decken. Diese Ansicht, daß der Markt wiederum mit einer Anleihe in Anspruch genommen werden wird, hat naturgemäß wesentlich dazu beigetragen, das Interesse für unsere inländischen Anleihen herabzusetzen, da eine neue Anleihe von solcher Höhe das umlaufende Material ganz wesentlich vermindern dürfte. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin geschrieben hat, wird man deshalb wahrscheinlich versuchen, die vorläufige Deckung der Beträge vorerst auf irgend eine andre Weise zu regulieren, um mit der Aufnahme einer neuen Anleihe bis auf weiteres noch warten zu können. Zu berücksichtigen bleiben ferner die im nächsten Jahre (je zur Hälfte am 1. April und 1. Juli) fälligen 40 Millionen Mark jener 4 proz. Schatzscheine, die nach Amerika begeben wurden, die aber dann zum weitestgrößten Teile bereits wieder nach hier zurückgewandert sind. Diese Serien werden zurückzahlen sein, wenn man nicht etwa es für besser halten sollte, sie in eine neue Anleihe zu konvertieren. Wollte man sich entschließen, hierfür neue 8 1/2 proz. Titel zu geben, so unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß die jetzigen Besitzer der Schatzscheine ohne weiteres in eine solche Konversion willigen würden, so daß die Rückzahlung unterbleiben könnte.

Wagdadbahn. Nach einer gestern in der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats der Wagdadbahn getroffenen Vereinbarung übernimmt, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ein Finanzkonsortium unter Führung der Deutschen Bank, der Ottomanbank, des Wiener Bankvereins und der Schweizerischen Kreditanstalt teils fest, teils in Option, nach Maßgabe des sich beim Bau der Wagdadbahn ergebenden Bedürfnisses, 50 Millionen Frank Ottomanische Staatsanleihe, die für den Bau der ersten Teilstrecke seitens der türkischen Regierung gewährt und durch Pfänder unter Verpfändung der Dette publique sichergestellt wird.

Die Acetylenbeleuchtung in Deutschland. In der kürzlich in Eisenach abgehaltenen fünften Hauptversammlung des deutschen Acetylenvereins wurde mitgeteilt, daß in Deutschland zur Zeit ca. 60 Ortschaften ihre zentrale Lichtversorgung mittels Acetylen durchgeföhrt haben. Die Anzahl der deutschen Hausanlagen wurde auf 19 000 mit ca. 500 000 Flammen und einem Kohlenverbrauch von ca. 20 000 Tonnen geschätzt. Die letzte Angabe kann indes kaum stimmen, denn die Produktion des Kohlendioxid beträgt nach Mitteilung seines in der genannten Versammlung antretenden Leiters nur ca. 15 000—16 000 Tonnen.

Die englische Subvention für die Cunard-Linie. Bekanntlich hat das britische Parlament der Cunard-Linie eine Subvention von 2 Millionen Pfund Sterling für die Indienststellung zweier Dampfer bewilligt, die an Schnelligkeit die schnellsten Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd mindestens noch um eine Seemeile pro Stunde übertreffen, also ca. 26 Knoten in der Stunde zurücklegen sollen. Um die hohe Subvention — 20 Millionen Mark pro Dampfer — zu erhalten, hat die Direktion der Cunard-Linie an alle größeren englischen Schiffswerften die Anfrage gerichtet, ob sie bereit wären, die beiden Schiffe zu bauen. Aber alle zur Konkurrenz aufgeföhrt englischen Werften haben trotz des besonders hohen Preises, den die Cunard-Linie zu zahlen willig ist, die Aufgabe abgelehnt. So bleibt der Direktion, wie ihr neulich schon eine amerikanische Zeitung vorge schlagen hat, nichts andres übrig, als

entweder die deutschen Schiffbau-Gesellschaften zur Lösung des schwierigen Problems aufzufordern, oder auf den Bau und damit auf die 40 Millionen Mark Subvention zu verzichten. Sie wird sich wohl für das Letztere entscheiden müssen, denn eine Uebertragung des Baues an deutsche Firmen würde in England einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Zu dem Kapitel der allmählichen Ueberholung der englischen Industrie durch die deutsche und amerikanische liefert dieser Verlauf der mit so viel Getöse in Szene gesetzten englischen Subventionierung der Cunard-Linie einen heiteren Beitrag.

Die Petroleumproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika. Zum erstenmal hat im Jahre 1902 die amerikanische die russische Petroleumproduktion übertraffen.

Nach dem letzten Jahresbericht des geologischen Vermessungsbureaus in Washington ist die Petroleumproduktion der Vereinigten Staaten in den Jahren 1901 und 1902 von 69 380 194 Faß (ein Faß = 159 Liter) auf 80 891 500 Faß gestiegen, dagegen ist im gleichen Zeitraum die russische Erzeugung von 85 168 556 Faß auf 80 540 045 Faß zurückgegangen. Von der Weltproduktion an Petroleum im Jahre 1902, welche nach den Berechnungen des Bureaus auf 177 231 900 Faß oder 7 Proz. mehr als im Vorjahre veranschlagt wird, entfallen hiernach 45,84 Proz. auf die Vereinigten Staaten von Amerika, 45,44 Proz. auf Russland, 3,31 Proz. auf Sumatra, Java und Bornéo, 2,85 Proz. auf Ostindien, 1,16 Proz. auf Rumänien und der Rest von 2,1 Proz. auf die übrigen Mineralöl produzierenden Länder.

Die 16,58 Proz. betragende Zunahme der amerikanischen Produktion gegenüber dem Jahre 1901 ist hauptsächlich durch die Entdeckung und Ausbeutung neuer Oelquellen in den Staaten Texas und Kalifornien verursacht worden. In diesen beiden Staaten allein wurden im vergangenen Jahre 5 880 904 und 5 187 518 Faß gewonnen. Dagegen hat der Ertrag der Appalachen Oelfelder, die nach wie vor das wertvollste unter dem Namen „Pennsylvania Oil“ bekannte Produkt liefern, im Jahre 1902 etwas abgenommen. Das Areal dieser Felder erstreckt sich von Wellsville im Staate New York durch den Staat Pennsylvania in den Staat West-Virginien hinein und umfaßt einen großen Teil des südöstlichen Ohio, sowie der Staaten Kentucky, Tennessee und Alabama. In sämtlichen Distrikten der genannten Staaten ist die Förderung von Pennsylvania Oil in den letzten beiden Jahren zurückgegangen; am bedeutendsten war der Rückgang im Jahre 1901 in West-Virginien.

Lehnverabsetzungen beim amerikanischen Stahlmarkt. Der durch die Krise des amerikanischen Eisenmarktes hervorgerufene Beschäftigungsmangel wird von dem amerikanischen Internerium rüch-sichtslos zur Herabdrückung der Löhne ausgenutzt. Auch der Stahlmarkt nimmt eine Lohnreduktion vor, die 15 Millionen Dollar jährlich an Löhnen ersparen soll. Sie tritt am 1. Januar 1904 in Kraft und erstreckt sich auf 90 Proz. der Angestellten und Arbeiter, d. h. 160 000 Mann. Die den Gewerkschaften angehörigen Arbeiter werden von der Lohnherabsetzung vorläufig nicht betroffen, da der mit den Gewerkschaften vereinbarte Lohnvertrag bis zum 1. Juli 1904 läuft.

Gewerkchaftliches.

Für die freitrenden und ausgeperrten Weber in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Gewerkschaft „Rote Felle II“ 10.—, Maschinenfabr. Giese u. Pohl 7,10, Stahlwerke u. Wühlbauer u. Schröder u. Below 8,50, Klemann u. Co., Kronenfabrik 28,60, Buchdruckerei H. B. Schade, 2. Rate 25.—, Kellertsch, Zuchtstraße 3,50, Röhrenfabrik Reder, Renz u. Wehner 14,50, Tischlerei Selenert 9.—, Verminntermaren-Fabrik Neuge 7,80, Prädikert Rob. Schulz 7,50, Bronzenwaren-Fabrik Kramme 12,50, Bronzenwaren-Fabrik Ende u. Denos 6.—, Röhrenfabrik Stolz, 6. Rate 11,20, Westfall Waller Elben 3.—, Holzhandl.-Arch. Fenzler 5,35, Metallarb. Silbermann 14,50, Gelangverein „Freie Feldblume“ 7,15, Bergschutzhelfer Hanns Erben, Ratsdam 28,50, B. H. Hirschmann, 2. Rate 40,20, Röhrenfabrik Schulz 2, Rate 6,05, H. E. G. Adersstraße, durch einen Untwiegler 231,83, Bauhilfsverein Nöbling 13.—, Mühlhilfsverein Berger, Bienenstr. 17,15, Tischlerei Siedert u. Wühlbauer, 3. Rate 12.—, Eilige Arbeiter, Schuhfabrik Ritzschel u. Co. 5,50, Matrasenfabr. Wied u. Co., Reriburgerstr. 5,50, Maurer, Bau Eisenachstr. 44 d. Wille 9,05, Mühlensfabr. A. Winter 20.—, G. Bachan u. Friele 1,50, Silberwarenfabr. Körner u. Proff 21,10, Berggoldler Kiefe 3.—, Turnersche 6, 5,50, Sparverein Glöckner in R. d. B. 13,53, H. G. G. Rabelnert Oberpfer, Abt. Giechert 22,70, Talschneiderei Demuth 5.—, Silberarb. Firma Schneider, 2. Rate 14,20, Dedmann-Wer, H. Deden 9,50, Weber u. Co., 3. Rate 11,45, B. Wärtens 10.—, Hausfabr. „Obne Juang“, R. d. B. R. G. Jung 10.—, Mühlwischer d. Firma C. Schell 11,90, Westfälischer d. Rausch, Wälder u. Mülberten d. H. u. U. C. 16,50, Schuhmacherwerkstatt Vukelitz 21 11,25, Arb. d. Berliner Genossenschafts-Büro (Richtmüller) 54,06, Buchdruckerei Richter u. Hampel 7,50, Tischlerei Augler, Palladenstr. 38, 4.—, Lehtgerüstbauer 16,25, Stammloch bei Baum, Brangstraße, 5,25, Faktor u. Uendig, G. Ber. „Sora“ 5.—, Van Urdhilling, gel. d. Schorrah, 2. Rate 23,10, Anna Bergmannstr. 3.—, Sparverein Soite Weider, Rixdorf 5.—, Sparverein fröhliche Brüder d. Erdmann 34.—, Steinträger u. Subiler, Frau Rixdorf, Krashofstraße 8.—, Union auf Nitten 525,40, Maschinenbau Wwe 31,10, Pfisum u. Gerlach 27,25, Liebheit und Thelen 15,65, Hemling d. Brüdler 2.—, Radfahrerb., Bau Camphausen-Gel. Freiligrathstraße 5,25, Maschinenfabrik Rudolph 4,50, Deinde und Genossen 2,50, Am Heilich gel. d. Hamburger 2,25, Gelammelt bei Buchholz, Alexandrinenstraße 10,20, Schmiede d. Heinhel, Telleranstellung 19,30, Schmiede Rühler Westfall 5.—, Textilarbeiter Rummelsburg d. Reumann 21.—, G. B. F. d. Reumann, Gollerstraße 10.—, Pausenverein Neu-Transvaal, Aldershof 6,15, Dreifachlenkender Lehmann, Potsdamer Brücke 2,70, G. Lindner, Gubau 2.—, Drehschleif Müllerstr. 2,50, Gürtler und Bronzeure der Firma Vardemann u. Co. 9,05, Schaufelers Gürtel, Swinemünderstraße 9,20, Sparr. Adellits, Langestraße, d. G. Adler 12,50, Rungestr. 17 am Heilich 5.—, Bern. d. Spar- und Prod.-Gen. Berlin-Rixdorf 12.—, Personal d. Ernst Krüger, Döbstestraße 11,50, Bauhilfsverein Krante, Schillmannstraße, 2. Rate 9,70, Arbeiter der Firma Rößler u. Runge 30,45, Arbeiter d. F. Lito Raghalla, Dollmannstraße 15.—, Gel. bei Firma Schäfer u. Hansinger 22,20, Waghöflich 3,80, Oberlichtfabr. Tischlerei Courtois, Schwedterstraße 4,50, B. Bärenstein, ab. Expedient, Gubenbergschloß 10,50, Wühlwischer der Lohnkommission der Bortseuiller 5,15, Bortseuiller u. Runge 10,25, Bortseuiller v. Waidel 3,50, Westfall-Sitzung d. Dachseder Horn u. Dummel 11,45, Klempnerabteilung F. R. Vautenschlager, 2. Rate 12,50, Vater u. Sohn, Baumhülsmweg 6.—, Drei Mann von Gebärd. Kleinmann, Landshergestraße 2,50, Spar- und Kreditverein „Einigkeit“ 14.—, Arbeiter u. Kuchler d. Antoner 5.—, Klempnermacher d. Firma C. Hehle 4,65, Arb.-Radfahrerb. „Ziel“, Aldershof 18.—, Gürtler C. Ludtke Wwe. 13.—, Bauhilfsverein Rühler, Nollen-Weg 12, 4. Rate 20.—, Schleier, Gürtler u. Dreher, 2. Engelmann 11,25, Lotteriekass. „Probe Hoffnung“ 3.—, Tischlerei Böcker, Waldemarstr. 30.—, Drehsch. Neanderstr. Lehmann 3,50, Gelang. „Ungeragel“, Wobitz 10.—, Tischlerei Platom, Andreasstr. 3. Rate 28,20, Tischl. v. Rühlich 11,85, Bilderrahmenfabr. Mohde u. Co. 9,30, Röhrenfabrik Barmen 10.—, Tischlereiverein, Röhlichstr. 50.—, Mühlensfabrik F. Mann, Rummelsstr., 3. Rate 20.—, Otto Meier 18,40, Kunz, Werhauerstr. 13,75, Bismarckfabrikfabrik Uffauer, Geburstr. d. Schollstr. 20,30, Hr. Beremig, d. Bauarb., Bortweg Dr. Fr. 8.—, A. Knappe, Reilmannstraße 18.—, Braun u. Wolf, organ. Kollegen, 2. Rate 8,50, Wollfabrik Kourral 11,30, Mühlhilfsverein Reizewitz 8,85, Mühlhilfsfabrik Friedrich, Fenchstraße, 3. Rate 32,50, Pianofabrik Hansen 14,50, Personal Jul. Schumt 11,05, Grunauer Ungerleher 24,20, Schulz, H. G., Unterwasser 10 19,45 und 17,45, Michael 2.—, Zwei Tischlergehilfen 4.—, Stuhlreue u. Radliger v. Bau Tisch 17,90, Richter 16,70, Reiter u. Weige 21,60, Maurer und Bauarbeiter d. Stopp, Charlottenburger Ufer 10.—, Tischlerei Krause, Kurfürstenstraße 12.—, Raler Van Rads, Rint, Frohn u. Plat 16.—, Bildhauer-Keller v. u. R., Deffauerstraße 5,50, Bauhilfsverein Darmd., Anklamerstraße 15.—, Maurer, Bauarb., Zimmerer, Röhler Mariensche 32,05, Arbeiter v. Bau R. Schröder, Röhlschlagstraße 7,10, A. B. 2.—, Arbeiter d. F. Raghalla, Siedelstraße 27,50, Hammer, Andreasstr. d. Gehilde 17,41, F. R. 3.—, Tischlerei Linde, Röhmschlagstraße 13,55, Güte, Ritterstr. 83 13.—, Pukertolonne Bielefeldstr. 7,95, Buchdruckerei Raus 14.—, Matragel. v. Bau Hülsmwischer, 3,50, Tischlerei Rausel u. Co. 8,75, Tischlerei Fr. Thirighaus, 2. Rate 7,65, Tischlerei Gebr. Geisler, Brunnenstr. 15.—, Klempnermeister Kiewetter 4.—, Glasfabrik Bell u. Co., 2. Rate 20,55, Tischlerei Herrmann, Friedrichstraße 3.—, H. E. G., Abt. Ruppand u. Schmiede 84,75, Gasmischerbau Baumgarten u. Sohn 10.—, Maurer u. Arbeiter Müllerstr. 171a durch Peters 5,50.

- Giecherei Kraus 9.—, Tischlerei Köhling, Friedenstraße 18,85, Klingmann u. Co., Pianofabrik 23,75, Baukemperei Müller, Großdörschstraße 13,50, Tischlerei Gurlich, Fenchstraße, 4. Rate 17,95, Tischlerwerkstatt Wiffa, Palladenstraße 7,10, Pianofabrik Schmidt d. Kallmeier, 2. Rate 12,10, Schriftgiecherei Gronau 12,45, Saal d. Gürtler von Stabernak, Tempelhof 10,50, Schleier von Stabernak, Tempelhof 1,95, Stammloch von Richter 7.—, Eisenbahnstraße, Wag. Wille 1.—, Wille 1894 (Darunter Eisenbahngiecherei Schmidtstraße) 14,55, Personal der Schriftgiecherei u. Westfälischenfabrik H. Berthold 157,75, Schriftgiecherei u. Theinhardt 13,05, Stahlbau Strammme Runge 3.—, Raler der Firma C. Swantes, Bau Giechensgängerstraße 5,10, Schloss Georgi u. Co., Naumannstraße 9.—, Firma Stengel u. Co. 11.—, Gelangverein „Alpenglocke“ 10.—, Gelangverein „Melodie“ Rixdorf 19,20, Ledernarenfabrik Boas, 2. Rate 7.—, Sparverein Duffelen 12.—, Prädikert Wauer u. Bosen, 2. Rate 12,00, Röhensche Wiffa, R. Franz R., Randerich und Emil 4,60, Schulleistenfabrik Schmidt, Charlottenstraße 5,50, Tischlerei v. Manste 5,60, 3. Olescher der Firma Schöffel H. G. E. 2,50, Untel Weig 5.—, Röhlschlagerei R. B. Frier 3.—, Ein armer Handlungsgeselle 3.—, H. G. P. Parer, 1. Hülsmwischer 3.—, A. Schachne 3,10, F. u. D. 1.—, Stahlbau „Obne Juang“, Röhmschlag 5.—, Oeffentliche Bauvereinsammlung, Lage 1. Höhe 3,60, 5 Radierer, H. E. G., Adersstraße, Abt. Robert 8,05, Tischlerei Schneiderwerkstatt 4.—, Vom verunglückten Charles Holzbaum 2,55, Zwei rezeivierte Gutmacher R. u. R. 2.—, Balle, Klara, Karl 3,05, Hilfe von Nationalsozialen 2.—, Schleier der Firma A. Spech u. Thebe 5.—, Goldschmiede von Ed. Fran 3,00, Stammloch im Lokal Bernauerstraße 3,10, Geburstragel. C. F. 3.—, Männer-Gelangverein „Feuerfest“ 5,00, Pers. Buchdruckerei Leo Schulz, Friedenau 4,20, Berggolber von B. Tiele 3,50, Gezellen der Stelmacher E. Kängeter 5.—, E. u. D. Rege, Bergstraße 5.—, Maschinenarbeiter der Firma Schuster u. Spando 10,70, „Blauze Drei“ 2,35, Buhler, Bau Rellstraße 12, 2. Rate 5.—, Bauhilfsverein „Kammegiecherei“, 2. Rate 7,90, Büttcherlei Geisler 5,45, H. Röhland, Gr. Frankfurterstraße, 4.—, Buchdruckerei Gustav Müller 2,75, Inspektor der Firma Schmidt, Gartenstraße, 3,50, H. E. G. Adersstraße, 2. H. 9,40, Röhensche der Firma Wiffa H. G. 5,50, Personal der Firma Heymann u. Schmidt d. Rahlmühl 15,50, H. E. u. R. 15.—, Erdverein Spandau, Buchdrucker, 2. Rate 16,40, Pukertolonne Gustav Raghalla 14,30, F. R. 3.—, Bauhilfsverein Zell, Friedenau 3,25, Bildhauer und Stuhlreue von Caspar, Luisenstraße 6,50, Ständchen Gelangverein „Lorelei“ 6.—, Sportklub „Wedding“ 7,50, Von den Röhligern der Hülse NW. des Reptum 2,25, Zwei Arme 1,50, Central-Kranen- und Stempelwerke der Tischlerei u. a. gewerb. Arb. d. H. Sternberg 25,80, Schade, Galtwitz, Röhlschlag Damm 3.—, Mehrere Schleier und Dreher der Maschinenfabrik D. Müller 3.—, Deutscher Holzarbeiter-Verein Danzig 4.—, Tischler und Drehschler d. Firma Steinbock 5.—, Kranengel-Gehilfe und Stempelwerke, Jähst. Charlottenburg, 5.—, Bauanschläger der Firma Domann u. Co., 3. Rate 6.—, Arb. d. Firma Schulz, Belle-Alliancestraße, 2. Rate 9,65, Unvollständiger Schleier und Dreher d. Sch. 20,25, Deutsche Wollwäcker H. G., Maschinenfabr.-Abt. 16,30, Org. Kollegen d. Firma A. Wertheim, Röhmschlagstraße 10.—, Buchdruckerei Schent Röh. v. R. Weber 16.—, Soc. Bismarckverein Potsdam „Friede auf Erden“ 30.—, Fabrikerei H. E. G., Adersstr., Saal 8 20.—, Tischler v. Bw. Gütler u. B. Krüger 12.—, Bauhilfsverein Spring u. Woll, 2. Rate 19,50, Mühlensfabrik Herzog u. Bammann 30.—, Heimische Schneidewerkstatt 11,05, Bauarb. u. Handwerker Bau Chbn, Redingstr. 6,80, Tischlerei Geisler, Schlg. 11,20, Giecherei der Firma Müller u. Schwara, Wiefau 30,70, Büttcher d. Röhlschlag R. Wöbel 8,25, Lotterierei, „Glücksjagd“, Baumhülsmweg 7,55, Bauhilfsverein v. R. Kasten 10,05, Baugesellschaft Schrammer, Friedrichshagen 9,45, Ragh. u. Hülsmw. Baugesellschaft Friedrichshagen 8,50, Bauhilfsverein H. Seiler, Chlita, 30,90, Arb.-Zurmer, H. Wehner 21.—, Schuhmacher-Ber. Mitglied, Jähst. Weihensee 24,70, Radfahrerb.-Ber., Streifenunterstützung 10.—, Duisburger Buchdrucker 37.—, Glasarbeiter Nimenen (Löhling): Werkstat Petri u. Holland 12,10, Schleier Steinmann 10,75, Thermometerfabrik Alt u. Jäger 6,25, Werkstat Müller 1,45, Werkstat Röhler u. Söhne 6,55, Summa 37,10, Sozialdemokratischer Wahlverein Rerndorf 20.—, Tischlerei Bartels, 2. Rate 5.—, Frau Kraus, Geroldenstraße 10.—, Arb. der Maschinenfabrik Ed. Keller, Lühnowstraße 13,10, Arb. u. Arbeiterinnen der Gummiabrik Firma Röhler u. Co. 14.—, Frau Dr. v. 20.—, Rixdorfer Wärrnerchor, Gelangverein 10.—, Silberwarenfabrik Gebr. Petersfeld 20,25, Gummiwarenfabrik C. R. Weihensee 19,65, Berliner Werkzeug-Maschinenfabrik 30,20, Neubau Deutsche Bank 8,60, Summa 4104,82 M. Bereits quittiert 72 000,02 M. Gesamtsumme 76 197,84 M.

Weitere Beiträge werden in unserm Bureau in der Zeit von 9—1 und 6—8 Uhr entgegengenommen. Gelder, welche mit der Post eingehandt werden, sind an A. Köster, Engel-Weg 15, zu senden. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Für die bedrängten Crimmitschauer werden heute, Donnerstagsabend acht Uhr 23 Volksversammlungen

- in folgenden Lokalen abgehalten:
1. Kreis: Industrie-Festfale, Weuthstr. 20/21.
2. Kreis: Klien, Hofenscheide 13. Berliner Vorkraserel, Am Tempelhofer Berg.
3. Kreis: Berliner Gewerkschaftshaus, Engel-Weg 15.
4. Kreis (Süd-Ost): Urania, Brangestraße 9/10.
5. Kreis (Osten): Keller, Kopenstraße 29.
6. Kreis: Brauerei Lipp, Am Friedrichshain.
7. Kreis: Brauerei Königshof, Schönhauser Allee 10/11. Schweinmünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42. Giecheler, Chausseestraße 88. Ahrens Brauerei, Turnstr. 25/26.
Tempelhof: Gasthaus Stadt Dresden, Berlinerstr. 83. Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3. Schöneberg: Obf's Festfale, Reiningersfr. 8. Bilmersdorf: Volksgarten, Emil Witte, Berlinerstr. 40. Rixdorf: Victoria-Säle, Hermannstr. 48/49. Ziel, Bergstraße 151/152.
Viktoriaberg: Höflich Schwarzger Adler, Frankfurter Chaussee 120. Pantow: Ebersbach, „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102. Reinickendorf: Restaurant Sabau, Residensstr. 124. Weihensee: Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150. Köpenick: Scheers Wilhelmshagen.
Rummelsburg: Weigel, Tierschmidtstraße 45.
Referenten in diesen Versammlungen sind die sächsischen Reichstags-Abgeordneten C. Fischer, Kräßdorf, Gerisch, Goldstein, Gezer, Grenz, Gradnauer, Raden, Lipinski, Rosenow, Schöpflin, Siederemann, Stalle, Stückler, die Reichstags-Abgeordneten Baubert, R. Fischer, Berlin, Förster, Lesche, Sadekm, Jubel und Genosse Röhler.
Parteigenossen! Gebt durch zahlreichen Besuch dieser Versammlungen Eurer Sympathie für die Crimmitschauer Weber Ausdruck, die von Staat und Unternehmertum gleichmäßig drangsaliiert werden! Kein Parteigenosse, keine Genossin gleich in diesen Versammlungen! Die Vertrauensleute.
Tempelhof. Sonnabendabend 8 Uhr findet im Lokale von Martin Müller, Berlinerstr. 41/42, eine Ortsitzung statt, wozu das Erscheinen aller Mitglieder in Tempelhof dringend nötig ist. Der Vorstand.
In Spandau finden am Freitag zu Gunsten der Crimmitschauer und Weitener Kämpfer zwei Volksversammlungen statt; zum dritten Weihnachtsfesttage arrangieren unsere Genossen in zwei Lokalen einen Konzert- und Unterhaltungsabend.
Lokales.
Der Protest gegen die Wahl des Stadtverordneten Kerfin legt von der bodenlosen Feindlichkeit, mit der von freisinniger Seite Protest eingelegt wird, ein bereitetes Zeugnis ab. Einige freisinnige Genesrogen haben sechs Punkte aufgestellt, aus denen sie die Ungültigkeit der Wahl ableiten wollen. Der Wahlbezirk war in zwei Teile geteilt. Es sollen nun im ersten Teil folgende „erhebliche Unregelmäßigkeiten“ sich ereignet haben. Der Wahlvorsteher

Ich erkenne an einen Wähler die Frage gerichtet haben, ob Herr Hausbesitzer sei, zweitens soll er Wähler, die nicht wählten, wen sie wählen sollten, aufgefordert haben, sich an dem Wahltag ihrer Partei danach zu erkundigen; drittens soll der Wahlvorsteher die Wähler, welche Herrin, Kressin, Karfin und dergleichen ausgesprochen, gefragt haben: Sie meinen wohl Herrin? Nach erfolgter Bejahung sei der Name Herrin protokolliert. Viertens sei zwei Wählern, deren einer Fried, der andere Lober wählten, gesagt: die sind nicht als Kandidaten aufgestellt; es sei dann unterlassen, diese beiden zu protokollieren. Fünftens sei der Wahlvorstand nicht durch Handschlag verpflichtet worden. In dem zweiten Teil des Wahlbezirks habe ein Sozialdemokrat einen Wähler, der den Namen Herrin Herrin aussprach, zugerufen: Herrin.

Es erhebt sich diese sämtlichen Behauptungen jeder einzeln noch in ihrer Gesamtheit geeignet sind, erhebliche Unregelmäßigkeiten als geschehen zu beweisen — im Gegenteil. Jedes die Wahrheit des Ausdrucks beidseitig Beweis aufzunehmen, weil sie wohl von der Ansicht ausgeht, eine Aufklärung des Sachverhalts schade keineswegs. Die Beweisaufnahme hat festgestellt und hat in ihrem Gesamtergebnis überzeugend dargelegt, daß eine frivole Wahlanfechtung kaum vorzunehmen ist. Der Wahlvorsteher des ersten Teiles des Wahlbezirks hat vollkommen dem Befehl und seiner Pflicht entsprechend, sich durch Fragen über die Identität des zu Wählenden unterrichtet. Demgemäß hat er einen Wähler gefragt, ob Herrin Hausbesitzer sei, andre Wähler, die den Namen Herrin von einem Zettel ablesen und bei der Dunkelheit Herrin, Kressin u. dgl. lasen oder in ostpreussischem Dialekt Karfin oder sächsisch Gerwin aussprachen, gefragt, ob sie Herrin meinen, was er sei, wo er wohne u. dgl. Die Frage wurde bejaht. In allen diesen Fällen ist, wie das Ober-Verwaltungsgericht im 31. Band und die Berliner Stadtverordneten-Versammlung entschieden hat, mit Recht der als Herrin gemeinte, anders ausgesprochene Kandidat als Herrin protokolliert. Wichtig ist, daß ein Wähler Lober wählte: als gewählt ist Lober auch eingetragen, die gegenteilige Behauptung des Protestes ist unwahr. Als der Name Fried genannt wurde, hat der Protokollführer die im Protest gemachte Bemerkung, die durchaus zulässig war, gethan. Der Wähler entfernte sich hierauf, kam dann wieder und wählte Schem. Die Verpflichtung des Wahlvorstandes durch Handschlag scheint unterlassen zu sein: es ist das ein unerheblicher Verstoß gegen eine magistratische Anordnung. In dem zweiten Bezirk hat der Wahlvorsteher durchaus in Widerspruch mit seiner Pflicht Namen wie Kressin, Karfin usw., ohne die Identität dieser Gewählten festzustellen, als Kressin, Karfin usw. protokolliert und dann — für ungültig erklärt! Ein Jurist Kressin ist im Lokal von einem Tisch aus gemacht. Festgestellt wurde bei der Beweisaufnahme, daß auch der Name des freiwähligen Kandidaten Schem in Schem, Scham, Schom, Schön bezeichnet wurde; im ersten Teil des Wahlbezirks wurde dieser Name als Schem erachtet, im zweiten Teil wurde in einem Fall — zu Unrecht — als gewählt Schem genannt. Das Ober-Verwaltungsgericht hat wiederholt angenommen, daß es durchaus zulässig ist, daß der Wähler den Namen des von ihm zu Wählenden verbessert, daß er ihn sogar verlesen lassen dürfe. Es komme nur darauf an, daß er in Person und in der Öffentlichkeit die Verantwortung für die Ausübung seines Wahlrechts übernehme. Es hat ebenfalls die Pflicht des Wahlvorstehers, die Identität des genannten Kandidaten festzustellen, ausgesprochen. Der Wahlvorsteher des ersten Bezirks, gegen dessen Vorgehen die freiwähligen Protestler nach Art schlechter Intellektuellen sich weiden, ist daher durchaus korrekt vorgegangen. Zweifelhaft kann man nur sein, ob im Falle Fried-Schem Herrin eine Stimme abzurechnen ist. Im zweiten Bezirk muß nach der Beweisaufnahme von dem neun mit Unrecht für ungültig erklärten Stimmen eine Schem, acht Herrin zugerechnet werden. Die Beweisaufnahme über den Wahlprotest hat also ergeben, daß Herrin mit 7 bis 8 Stimmen mehr als vordem publiziert ist, zum Stadtverordneten gewählt ist. Der Ausspruch wird sich in den nächsten Tagen über die Gültigkeit der Wahl schlüssig machen, so daß schon in nächster Woche die Stadtverordneten-Versammlung entscheiden könnte.

„Der Freisinn als Sieger!“ Die „Vossische Zeitung“ hütet noch immer gegen den „Vorwärts“. Daß wir am Mittwoch die Bedeutung der beiden Städtewahl-Siege des Freisinn auf ihr richtiges Maß zurückgeführt haben, will dem Blatt gar nicht passen. Für den 5. Bezirk scheint die „Voss. Ztg.“ in ihrer Naivität erwartet zu haben, daß dem Freisinnigen Marggraf ein sozialdemokratischer Gegenkandidat erspart bleiben würde, weil Marggraf in der Stadtverordneten-Versammlung ellihe Rolle mit der sozialdemokratischen Fraktion gestimmt hat. Bei dieser Gelegenheit stellt das Blatt die Sache so dar, als sei Marggraf vom „Vorwärts“ ein „Dreiwertel-Sozialdemokrat“ genannt worden. Das ist selbstverständlich Unsinn. Freisinnige haben Marggraf so genannt — die einen, um Wähler für ihn einzufangen, die andern, um ihn Wähler abspenstig zu machen. Bezüglich des 2. Bezirks hält die „Voss. Ztg.“ an dem kindischen Märchen fest, die Veröffentlichung jenes angeblich von Sozialdemokraten unterschriebenen Flugblattes habe dem Zweck dienen sollen, dem Antisemiten Drechsel zum Siege zu verhelfen. Unsere Genossen im 2. Bezirk werden hier kopfschüttelnd zu dem Circular greifen, daß die sozialdemokratischen Wähler sie von der Stühnwahl haben zugehen lassen. Darin heißt es: „Wir empfehlen unseren Wählern Stimmhaltung, da wir zur Stärkung des Kommunal-liberalismus keinen Finger rühren werden, aber auch dem Antisemiten naturgemäß nicht zum Siege verhelfen können.“ Aber die „Voss. Ztg.“ behauptet, der „Vorwärts“, Centralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unterlasse einen Antisemiten! Will das Blatt der Jakobli-Clique, indem es diesen blamablen Blödsinn verapft, vielleicht vergessen machen, daß der Freisinn Leute wie Kopsch und Zwid in seinen Reihen hat? Ueber das Flugblatt, das nach der Darstellung der „Vossischen Zeitung“ von Sozialdemokraten unterzeichnet sein soll, um den sozialdemokratischen Wählern für die Stichwahl den Freisinnskandidaten zu empfehlen, werden wir morgen näheres mitteilen. Von den 48 darunter gezeichneten Namen ist denjenigen Personen, die in Parteireisen Weisheit wissen, kein einziger bekannt.

Durch einen plötzlichen Tod ist ein waderer Parteigenosse, der Zimmerer Theodor Hoffmann der Arbeiterschaft entrissen worden. Hoffmann, der seit Ende der 80er Jahre in der Partei thätig war, genoss mit Recht das Vertrauen, das man ihm entgegenbrachte. Nicht nur in ersten und vierten Wahlkreis, wo er sich ganz besonders in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes betätigte, sondern auch in seinem Heimatsort Schwiebus hat er rastlos für die Arbeiterbewegung gearbeitet und sich dadurch viele Freunde und ein dauerndes Andenken erworben. Als tüchtiger Agitator für seine Gewerkschaft, den Verband der Zimmerer, und als langjähriger Kassierer in der freien Hilfskassa vertrat er mit dem größten Eifer und Gewissenhaftigkeit die Interessen des Proletariats. Trotz seines schlimmen Leidens, der Proletariatskrankheit, war er bis kurz vor seinem Tode rastlos thätig. Am Montagabend erlitt ihn der Tod von seiner Leiden. Seine Frau und vier kleine Kinder trauern am Sarge. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Heidenfeldstraße 18, aus statt.

Die Umgestaltung der Wasserversorgung Berlins ist vorläufig erst zur Hälfte ausgeführt, aber im Laufe des diesjährigen Sommers und Herbstes sind auch für die zweite Hälfte die Vorarbeiten so weit gefördert worden, daß nun eine baldige Ausführung zu erwarten ist. Erst nachdem die auf dem Wasserwerk Ziegel geschaffenen Einrichtungen zur Gewinnung von Grundwasser fertiggestellt waren, konnte endlich daran gedacht werden, auch das Wasserwerk Müggelsee für Grundwasser Gewinnung einzurichten. Vom umgebenen Tegeler Werk ist die eine Abteilung bereits seit Oktober 1901, die andre seit Mai 1903 wieder in Betrieb. Die Erwarungen, die an den Umbau geknüpft worden waren, haben sich bezüglich der Ergiebigkeit der Tiefbrunnen

wie auch der Wirksamkeit der Enteisungsanlagen durchaus erfüllt. Im Juli 1903, wo die Wasserlieferung nach Berlin unter dem Einfluß der Hitze auf reichlich 5 1/2 Millionen Kubikmeter stieg, war das Tegeler Werk beteiligt mit ziemlich 2 1/2 Millionen Kubikmeter, das heißt täglich rund 80 000 Kubikmeter, die ohne Schwierigkeit von den Tiefbrunnen hergegeben wurden. Das Brunnenwasser wurde völlig von dem darin enthaltenen Eisen befreit. Die Temperatur dieses Wassers betrug nur rund 10 Grad; sie wurde durch das Enteisungs- und Filterungsverfahren selbst im Sommer nicht erhöht, während das vom Müggelsee-Werk gelieferte Seelwasser im Juli eine Temperatur von rund 20 Grad hatte. Das Schlimme, das sich in Ziegel betrieht hat, wird mit einigen Verbesserungen nun auch beim Umbau des Müggelsee-Werkes angewendet werden. Die in der Umgebung des Müggelsees angestellten umfangreichen Versuche zur Gewinnung von Grundwasser sind jetzt in der Hauptsache beendet. Sie haben ergeben, daß auch hier die erforderliche Wassermenge aus Tiefbrunnen entnommen werden kann. Mit der Ausarbeitung der Entwürfe und Kostenanschläge für den Umbau ist begonnen worden.

Die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, ist in der Weihnachtzeit um eine Stunde länger, also bis acht Uhr abends geöffnet. Die Buchhandlung hält ein reiches Sortimentlager von Jugendschriften, Klassikern und naturwissenschaftlichen wie geschichtlichen Werken vorrätig, wobei selbstverständlich auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft in jeder Hinsicht Bedacht genommen worden ist. Ebenso ist die Parteiliteratur auf das reichhaltigste vertreten.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Errichtung einer Gem. e. d. Schule in Moabit für katholische Kinder hat gestern Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten W. Gerde beschloffen, der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat zu eruchen, eine neue Vorlage für eine Gemeinde-Doppelschule in der Luisenstraße zu machen.

Das neue Schwebbahn-Projekt liegt gegenwärtig dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Prüfung und Genehmigung vor. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Frage, ob die Interessen des Eisenbahnstatus gestatten, daß neben dem Stadtbahnhof „Alexanderplatz“ ein „Schwebbahnhof“ errichtet und in der Dierichenstraße die Schwebbahn neben dem Stadtbahnviadukt einher geführt werden kann. Der „Schwebbahnhof“ ist in der Weise geplant, daß der Vordrain am Stadtbahnhof, der die Warterräume und stübe des Bahnhofsvorplatzes beherbergt, etwas verdrückt und überbaut wird. Es soll dadurch für den Bahnhof Raum geschaffen werden, zu welchem in der Dierichenstraße seitwärts, von der Königsstraße her, die Treppen hinaufführen. Ferner wird die Prüfung sich auf den Uebergang der Schwebbahn über den Stadtbahnkörper, nämlich der Station „Jannowitzbrücke“, erstrecken, wofür die städtische Höhe von ca. 24 Meter über der See erhalten muß, weil die „zweite Etage“ der Stadtbahn bekanntlich frei bleiben soll. Die Trasse der Schwebbahn ist hier, wie früher gemeldet, gegenüber dem alten Projekt geändert worden: Die Bahn geht nicht über die Jannowitzbrücke und durch die Wilhelmstraße, sondern durch die Ballnerstraße, über die Holzmarkt- nach der Köpnick- und dann durch die Reander- und Weinstraßen.

Mit den Verkehrsverhältnissen am Potsdamer Platz beschäftigte sich die Deputation in ihrer letzten Sitzung. Vom Polizeipräsidenten lagen Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Potsdamer Platz vor, die den Beifall der Deputation nicht fanden. Dieser Platz ist überlastet, besonders was den Wagenverkehr anlangt. Aus diesem Grunde ist der Platz erst vor einiger Zeit umgebaut worden. Jetzt wünscht die Polizei mehr Raum für den Fahrverkehr auf der nördlichen Seite durch Verkleinerung der Bürgersteige vor Café Josty. Den Straßenspananten würde dadurch wenig genügt sein, aber auch dem übrigen Verkehr würde damit wenig gedient werden, weil die einmündenden Straßen nicht verbreitert werden können. Es ist ferner vorgeschlagen worden, daß alle von dem Potsdamer Bahnhof kommenden leeren Wagen nicht den Weg durch die Leipzigerstraße bezw. Leipziger Platz nehmen dürfen, sondern andre Wege benutzen sollen, und daß die Leer nach dem Potsdamer Bahnhof fahrenden Fahrzeuge von der Leipzigerstraße aus ihren Weg um den Leipziger Platz und hinter den beiden Thorgebäuden nach dem Bahnhof einschlagen sollen. Ferner ist in Vorschlag gebracht, die Droßkullerstraße anzuweisen, in Zukunft bei Fahrten nach dem Tiergartenviertel oder von dort nach den Zimern der Stadt die Vellebuestraße und den Leipziger Platz zu vermeiden. Der Weg durch die Lennestraße, Königgräber- und Vohstraßen ist nur unbedeutend weiter, dafür aber auch bequemer und schneller zurückzulegen. Eine Befolgung dieser Anweisung würde zur Entlastung des Potsdamer Platzes und der Leipzigerstraße beitragen.

Zur Bewältigung des starken Personverkehrs werden auch Weihnachts-Sonderzüge Berlin-Hamburg gestellt werden. Sie beginnen, wie die Sonderzüge auf den andern Strecken, mit dem 19. Dezember und verkehren bis zum 3. Januar. Am 19. Dezember kommt 8 Uhr 23 Min. abends ein Zug auf dem Lehrter Bahnhof von Hagenow an. Von Berlin, ausschließlich vom Lehrter Bahnhof, gehen ferner Sonderzüge: am 21. Dezember 9 Uhr 10 Min. vorm., am 22. Dez. 1 Uhr 3 Min. nachm., am 23. Dez. 8 Uhr 48 Min. und 1 Uhr 3 Min., sowie 9 Uhr 10 Min. vorm., am 24. Dez. zu denselben Abfahrtszeiten, am 25. Dez. nur 9 Uhr 10 Min. vorm., am 26. Dez. 1 Uhr 3 Min., am 27. Dez. ebenfalls 9 Uhr 3 Min. vorm., am 1. und 2. Januar je 9 Uhr 3 Min., am 2. Januar außerdem 9 Uhr 10 Min. vorm. Nur die Züge, die 8 Uhr 48 Min. morgens abfahren, laufen bis Altona. In umgekehrter Richtung verkehrt ungefähr dieselbe Zahl von Sonderzügen.

Statistisches vom Weihnachtsmarkt. Für den Weihnachtsmarkt sind im ganzen 3598 Verkaufsstellen eingerichtet gegen 3861 im Jahre 1902. Es sind 944 Buden und Schragen, 2292 Verkaufsstellen für Weihnachtsbäume und 239 für Kapsel und Risse. Der Rückgang in der Gesamtzahl um 263 Verkaufsstellen betrifft hauptsächlich die Zahl der Verkaufsstellen für Weihnachtsbäume, deren Zahl im Vorjahre 2810 betrug.

Drahtlose Telegraphie Berlin-Schweden. Die Versuche, durch drahtlose Telegraphie von hier aus mit der schwedischen Marinestation in Karlskrona in Verkehr zu treten, sind gestern von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie nach dem System Telefunken mit bestem Erfolge begonnen worden. Trotz der Entfernung von 450 Kilometer sind zahlreiche Depeschen gut angekommen.

Die Polizei vor dem Kinetographen. Die Vorführung eines Kinetographen gehört nicht zu den Vorstellungen, die der polizeilichen Genehmigung bedürfen. So hat das Ober-Verwaltungsgericht in einem Falle entschieden, der in der Spruchpraxis der „Deutschen Juristenzeitung“ mitgeteilt wird. Das Ober-Verwaltungsgericht hat u. a. ausgeführt, daß von den in § 33a der Reichs-Gesetzordnung genannten „Singstücken, Gesängen und deklamatorischen Vorträgen“ keine Rede sein könne. Die sodann aufgeführte „Schaustellung von Personen“ setze voraus, daß Menschen in Natur sichtbar gemacht werden, was ebenfalls nicht zutrefte. Endlich solle die Vorführung auch nicht unter die dort genannten „theatralischen Vorstellungen“ dies werde schon dadurch ausgeschlossen, daß es sich bei dem Kinetographen um eine nur bildliche Darstellung handelt, eine solche aber zu den theatralischen Vorstellungen in keinem Falle gerechnet werden kann.

Die ersten freischwebenden Post-Automaten sind gestern vor dem südlichen Thorgebäude am Leipziger Platz aufgestellt worden, wo sich seit einigen Jahren ein Telegraphen- und Mohrpostamt befindet. Die grün angestrichenen Automaten verabreichen unter der Säulenhalle links und rechts von dem großen Fenster nach Einwurf eines 10-Pfennigstücks je fünf 2-Pfennig-, zwei 5-Pfennigarten oder dementsprechend eine Anzahl Marken.

Auch ein Liebesdrama. Der Rechtsanwalt beim Kammergericht Dr. H. hatte mit der unverheirateten Auguste K. ein Liebesverhältnis angeknüpft und ihre Befreiung von der Sittenkontrolle

erwirkt. Er halte ihre Versprechen, sie zu heiraten und bereits den Tag der Hochzeit festgesetzt. Doch gelang es seinem Vater und seinen Freunden, die Heirat zu hintertreiben und Dr. H. zu bewegen, sich von der K. loszusagen. Es kam dann zur Auszahlung einer Abfindungssumme. Das Mädchen schrieb später an den Vater des Dr. H., dieser habe sich gegen § 220 des Strafgesetzbuches vergangen: Wenn nicht eine Ausprache mit ihm erfolge, so werde sie Strafanzeige erstatte. Später kam sie in das Bureau des Dr. H. und verlangte Angabe der Summe, die er ihr geben wolle, wenn sie die Beihilgung zurücknehme. Kummer erstatte Dr. H. Anzeige, und das Landgericht I in Berlin verurteilte am 25. April die K. wegen verübter Erpressung zu drei Monaten Gefängnis.

Ihre Revision wurde gestern vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Der Wächter Berlins. Das Denkmal für Simon Vlod, der die Reichshauptstadt unter der bekannten und vielumstrittenen Bedingung, daß sie ihm ein Monument errichte, zum Erben seines großen Vermögens eingesetzt hat, ist jetzt vollendet und wird in kurzen auf dem Gemeinde-Friedhof in Friedrichsfelde aufgestellt werden. Es ist ein Obelisk, der an der Vorderseite ein Relief in Hochformat von 100:60 Centimeter Größe aufnehmen wird. Dieses Relief ist von Professor August Vogel modelliert und bei Martin und Pöpping in Bronze gegossen und enthält als Hauptstück die von Simon Vlod ersehnte Darstellung „in ganzer Figur“, freilich nur in weit bescheidenerem Maßstabe als sie der Wächter gewünscht hatte. Es ist eine Reliefstatuette von kaum 1/2 Meter Größe. Simon Vlod sitzt hier in einer nischenartigen Vertiefung, über der linken Schulter den Mantel; die Hände ruhen auf dem Schoße, die linke hält ein Buch. Der Künstler hat dem barhäutigen Kopf mit dem Spitzbart einen jugendlichen Charakter gegeben. Die Reliefplatte ist umrahmt von Vorberreibungen, die durch Rosetten unterbrochen werden; an den vier Ecken erscheinen Engelsköpfe. Unter der Nische zeigt sich eine Tafel mit der Inschrift: „Simon Vlod. Geboren am 18. Mai 1813, Buedesheim b. V. Gestorben am 16. Februar 1896 in Berlin.“ Auf der Rückseite des Obeliskens wird eine kleine dekorative Bronzefigur den Raum schließen, in dem die Aschenurne des Stiefers ihren Platz findet.

Weihnachts- und Neujahrs-Sonderzüge werden, wie die Königl. Eisenbahndirektion Stettin bekannt macht, in der Zeit vom 19. d. M. bis 3. Januar l. J. vom hiesigen Stettiner Bahnhofe wie folgt zur Beförderung gelangen: Nach Stettin, Stargard, Belgard u. am 19., 20., 23. und 24. Dezember 3 Uhr nachmittags Schnellzug nach Stettin, am 24. Dezember 1⁰⁰ nachm. Personenzug nach Stettin, am 20., 23., 24. und 25. Dezember 10⁰⁰ vorm. Personenzug bis Stargard, am 25. Dezember 5⁰⁰ vorm. Personenzug bis Stargard, am 27. bis Angermünde, am 19., 23. und 24. Dezember 3⁰⁰ nachm. und 11⁰⁰ abends Personenzüge nach Belgard; am 24. Dezember 2⁰⁰ bzw. 6⁰⁰ nachm. Personenzug nach Greifswald bezw. Pasewalk; am 25. Dezember 8⁰⁰ vorm. bis Pasewalk; am 19., 23., 24., 27., 28. und 31. Dezember, sowie am 2. Januar 7⁰⁰ nachm. Personenzug nach Briesen, am 19. und 24. Dezember außerdem noch ein Zug um 5⁰⁰ nachm. und am 24. und 25. Dezember ein solcher um 12⁰⁰ nachm. nach Briesen; am 19., 21. bis 24. Dezember 3⁰⁰ nachm. Personenzug nach Neustrelitz, außerdem am 24., 25. und 27. Dezember, sowie am 2. Januar 10⁰⁰ vorm.; endlich nach Gransee: am 19. Dezember 6 nachm., am 20. Dezember 5⁰⁰ vorm., am 24., 27., 31. Dezember und 2. Januar 6 Uhr nachm. Diese neben den fahrplannmäßigen verkehrenden Züge erfordern dieselben Fahrkarten, wie jene und halten auch auf denselben Stationen. Näheres enthalten die auf den Bahnhöfen aushängenden Bekanntmachungen.

An das Rohrsystem der Berliner Wasserwerke waren am 31. März d. J. nach dem soeben herausgegebenen Verwaltungsbericht des Magistrats 26 525 Leitungen angeschlossen (517 mehr als am gleichen Tage des Vorjahres). Die Anzahl der städtischen Leitungswasser benutzenden Personen betrug für Berlin im Jahresdurchschnitt für das Betriebsjahr 1902/03 insgesamt 1 909 225. Diese Zahl wurde festgestellt als die mittlere Einwohnerzahl nach den Verdicten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Da im Durchschnitt des Vorjahres 1 894 540 Personen städtisches Leitungswasser benutzt haben, so hat sich die Zahl um 14 685 Personen, das sind 0,77 Proz. vermehrt. — Der Gesamtverbrauch an Leitungswasser betrug für die Stadt Berlin 55 352 982 Kubikmeter oder für den Kopf und Tag durchschnittlich 79,13 Liter. Der durchschnittliche Tagesverbrauch stellte sich auf 151 076 Kubikmeter. Der Höchstverbrauch wurde erreicht am 4. Juni 1902 mit 218 200 Kubikmeter oder 114,86 Liter pro Kopf der Einwohnerzahl, während der 25. Dezember 1902 mit 104 011 Kubikmeter oder 54,11 Liter pro Kopf den niedrigsten Wasserverbrauch aufwies.

Die Frage, wie viel Wasser der Berliner braucht, beantwortet der soeben erscheinende Verwaltungsbericht des Magistrats wie folgt: Im letzten Etatsjahre stellte sich der Wasserverbrauch in der Stadt Berlin auf 79,53 Liter für den Kopf und Tag bei einer Einwohnerzahl von 1,01 Millionen. In den drei vorhergehenden Jahren wurde im Durchschnitt weniger verbraucht, nämlich im Vorjahre 79,36, im 1900 nur 78,40 und im Jahre zuvor 77,12 Liter pro Kopf der Bevölkerung, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Einwohnerzahl stetig gestiegen ist.

Ein gefährlicher Bursche. Ein Unhold, der vor einiger Zeit das Tempelhofer Feld unflüchtig machte, indem er unter der Verpögelung, daß er Kriminalbeamter sei, unerfahrene Frauen und Mädchen, die allein gingen, durch Einschüchterungen zwingen, ihm zu gefallen zu sein, wurde gestern von der Kriminalpolizei festgenommen. Es ist ein 33 Jahre alter Arbeiter Karl Schroers, der bei seiner Mutter in Niddorf wohnte. Die vergeblichsten Frauen bezweifelten ihn bei der Gegenüberstellung mit aller Bestimmtheit als den Hebelhüter. Schroers, ein intelligenter Mensch, war früher ein sehr fleißiger und tüchtiger Arbeiter, bis er sich verleitete, an einer Falschmünzerei teilzunehmen. Hierfür wurde er mit 18 Monaten Gefängnis bestraft. Nachdem er vor drei Jahren aus Mögensee entlassen worden war, trat er in Schaustellungen in Säden und Sädosten der Stadt als Zauberer auf. Seit 14 Tagen verkehrte er viel in einem Lokal in der Skalitzerstraße. Dort wurde er gestern beim Mittagessen verhaftet und nach seiner Gegenüberstellung mit den Frauen in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Ein schweres Baumglück ereignete sich auf dem Grundstück Ecke der Weisse- und Herrluthstraße in Niddorf, wo gegenwärtig Fundamente zu einem Neubau hergestellt werden. Hierbei fiel eine wohl ungenügend abgesteifte Seitenwand ein und begrub den 36 Jahre alten Arbeiter August Wierkus, Bahnstr. 32 in Brix wohnhaft, unter sich. Ein Stapel Mauersteine stürzte gleichfalls in den Bauhaufen und verlegte den unglücklichen W. schwer im Rücken. Arbeitskollegen des Baumglückten machten sich sofort an die Rettung desselben und schafften ihn dann nach der Unfallstation XII. Hier wurden schwere Querschnitte und innere Verletzungen festgestellt, welche es notwendig machten, daß der Baumglückte nach dem Bräuer Kreis-Krankenhaus gebracht wurde. Wierkus ist verheiratet und Vater mehrerer kleiner Kinder.

Ein gefährlicher Kellerbrand kam Mittwochmittag in der Kantstraße 21 zu Charlottenburg durch die Explosion eines Petroleumfasses aus und beschäftigte die Wehr über zwei Stunden. Dort befindet sich im Erdgeschoß die Kolonialwarenhandlung von Paul Gichol; unter dem Laden liegt der Vorratskeller. In diesem war gestern mittag ein Hausdiener damit beschäftigt, Petroleum von einem großen Faß abzufüllen. Möglicherweise fiel nun eine in der Nähe stehende brennende Lampe um und brachte das Faß zur Explosion. Der Hausdiener kam glücklicherweise mit dem Saure davon und konnte sich durch eilige Flucht retten. Der Brand griff mit unheimlicher Schnelligkeit um sich, denn als der erste Löschzug aus der Kanfstraße eintraf, stand bereits der größte Teil des Kellers in hellen Flammen. Es mußte daher mit mehreren Kohren tüchtig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beizugehen. Die Vorratsvorräte sind zum großen Teil vernichtet.

Aus der Frauenbewegung.

Wilmersdorf. In öffentlicher Versammlung erstattete die Vertrauensperson Ida Altmann nach einem vorhergegangenen Vortrag...

Versammlungen.

Der Kampf in Crimmitschau und die Aussperrung der Töpfer.

Diese beiden Punkte standen als die einzigen auf der Tagesordnung einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Wiesenthal, der über die Crimmitschauer Aussperrung referierte, kennzeichnete die bekannten Maßnahmen, welche Behörden und Unternehmer zur Unterdrückung der Arbeiter ins Werk gesetzt haben...

Die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von Berlin und Umgebung protestierten energig gegen die Maßnahmen, welche die sächsischen Behörden den ausgesperrten Crimmitschauer Textilarbeitern gegenüber ergriffen haben.

Veranlaßt durch eine Anfrage Tischendorfs machte Treue, Vorstandsmitglied des Textilarbeiter-Verbandes, einige Ausführungen über die Einigungsversuche, welche bisher in Crimmitschau unternommen wurden.

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Darauf gab Drunzel eine Darstellung der Ursachen der gegenwärtigen Aussperrung der organisierten Töpfer Deutschlands. Er führte u. a. aus: Die Arbeiterorganisation habe zunächst alles versucht, um diesen Kampf zu vermeiden...

Ohne Debatte wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

„Die Gewerkschaften Berlins nehmen von der in 22 Orten erfolgten Töpfer-Aussperrung Kenntnis und verurteilen auf das nachdrücklichste das brutale Vorgehen des Deutschen Ofenfabrikanten-Verbandes.“

„Die Verfassung für den deutschen Eisenarbeiter“ lautet: das Thema einer zum Sonntag nach den Industrie-Festtagen einberufenen Versammlung der Arbeiterschaft des Eisenerzgewerbes...

Der Zentralverband der Schmiede hatte am Sonntag die bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegesellen zu einer Versammlung nach Wilkes Lokal in der Brunnenstraße zusammenberufen, um über eine bessere Regelung des Herbergswezens zu beraten.

Der Textilarbeiter-Verband (Zentrale Berlin I) hielt am Sonntag seine diesjährige General-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung erbat die Versammlung das Abbleben des langjährigen Mitgliedes Alfons Wiedner in der üblichen Weise.

Zahl ging bis auf gegenwärtig 10 Mitglieder zurück. Bei der Firma Wengers u. Söhne sind zur Zeit über 100 Leute organisiert. Um diese Agitation zu entfallen, war es nötig, 4500 Handzettel und Flugblätter drucken zu lassen und zu verbreiten.

Der Zentralverband der Schmiede hatte am Sonntag die bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegesellen zu einer Versammlung nach Wilkes Lokal in der Brunnenstraße zusammenberufen, um über eine bessere Regelung des Herbergswezens zu beraten.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater. Donnerstag, den 17. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr: Überhand. Der fliegende Holländer. Schauspielhaus. Am stillen Bächen. Deutsches. Der Welter. Berliner. Roter Lampe. Verding. Zapfenreich. Weihen. Das Glück des Erntelins.

Neues Theater. Schillerschule 4a-5. Früchte der Bildung. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitags: Salomo. Logik des Herzens. Central-Theater. Abends 7 1/2 Uhr. Der Rastelbinder. Ed. Steinberger a. G. Freitags: 18. November - Vorstellung: Die Puppe.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Freitags: Elektra. Casino-Theater. Rathenowerstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2 8 Uhr: Weihnachtsstrolchen. 8 1/2: Nuschka Melitta - Loro-Quartett. Corradini. 6 1/2 Uhr: Der vertauschte Sohn. Sonntag nachmittag 4 Uhr: Ein edles Weib. Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Donnerstag, den 17. Dezember 1903: Bernhard Rose-Theater-Ensemble. Der Pfarrer von Kirchfeld. Volkstheater mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenender. Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Adolphstr. 67. Stat. Jannowitzbrücke. Anfang 8 Uhr. Gastspiel AD. PHILIPP. Zum 110. Male: „Ueberrassen Teich.“ An allen drei Weihnachts-Feiertagen: Nachmittags-Vorstellungen. „Ueberrassen Teich.“ Jeder Erwachsene ein Kind frei. Billets jetzt schon zu haben. W. Noacks Theater. Direction: Robert Dill. Brunnenstrasse 10. Die Lieder des Musikanten. Ledrecht Winter: Dr. Robert Dill. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntag, den 20. Dezember 1903: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Strasse 132. Abends 8 Uhr: Große Frankfurter Strasse 132. Galtst. des Oberbairischen Batern-Theaters. (Schillerstr. u. Legersstr.) Die Kreuzschreiber.

Ein deutscher Trank! Kathreiners Malzkaffee ist ein gutes und ehrliches Getränk. Er hat keine Heimitiden und verborgenen Schädlichkeiten wie so mancher andre verführerische Trank; er meinet ehrlich mit unser Gesundheit und unserm Wohlbefinden, mit unserm Herzen, mit unserm Magen und mit unsern Nerven. Kathreiners Malzkaffee ist deshalb ein echter deutscher Trank im besten Sinne des Wortes, der in jedem deutschen Hause zum Segen der Familie Eingang finden sollte. Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Othello. Freitags: Reif-Reislingen. Sonntag nachmittag: Schneewittchen und die sieben Zwerge. Abends 8 Uhr: Reif-Reislingen. Sonntag nachmittag: Schneewittchen und die sieben Zwerge. Abends 8 Uhr: Alpenkönig und Menschenfeind.

Residenz-Theater. Direktion S. Jantzenburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Seitensprung. Schwan in 3 Akten von G. Bert. Dehler und Gullenaud. Morgen u. Sonntag: Crainquabille. Vorher: Die Parisierin. Sonntagabend: Ein Seitensprung. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das grosse Geheimnis.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Ein romantisches Trauerspiel in fünf Aufzügen von Arthur Hülger.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Der Compagnon.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Compagnon.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Freitagabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Kollege Crampton.

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Zum 16. Male:

Babel

oder: die Pracht, der Untergang und die Wiedererweckung des Weltreichs von Babylon.
Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende.
m. d. Fahrrad u. Rufe.
25 Löwen des Herrn Julius Sath. Der weiteste Sprung Dutrieu, 50 Fuß = 15 m.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens, Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Der Indianer-Riese
Mianko Karoo vom Stamm der Sioux-Indianer.
Lebend! Die zusammenge-
wachsenen
Schwestern
nur noch bis
Ende Dezember.
Grosses Promenaden-Konzert.

ALT - CHINA Kunst-Ausstellung



Leipzig-STRASSE 12
Täglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Metropol-Theater.

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mal.
Anfang 8 Uhr.
- Rauchen überall gestattet. -

Palast-Theater

Burgstrasse 22, früher Foen-Palast.
Wünsche und Träume.
Grosse Zauberposse mit Gesang und Tanz in 3 Bildern.
Freitag, den 18. Dezember 1903, abends 8 Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung: Der Trompeter von Säckingen.
Romantisches Schauspiel in 7 Bildern.
Nur wenige Tage
Gastspiel des berühmten
Barbarina-Balletts.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vom 21. bis 24. Dezember bleibt das Theater wegen Vorbereitung zu den Feiertagen geschlossen.

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Mr. Richard Sawade
mit seiner berühmten
Tiger-Dressur.

Tiger-Dressur.

Tebra-Dressuren von Herrn Gustav Goebel aus Berlin, Schulkriter, Schüler des berühmten James Filis.
Hr. Martha Mohrke, Schulkriterin.
Hr. de Holstein, Schulkriterin.
Eine Hirtin jagd, geritten mit 20 Bull- und Kalblutpferden.
Berliner Winterfreuden
humorist. Wanege-Schauspiel.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Berlin hat wieder seine Sensation!
Mortonellos
Enthauptung einer lebenden Dame!
Anserdem
14 neue erstklassige Nummern.
Perfina, Lucia della Sera, Hasson u. Jenny etc. etc.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem sensationell. Ballett **Blütenhochzeit.**
Um 9 1/2 Uhr:
Vision nach dem Balle.
Musik v. Joachim Albrecht v. Prussen.
Um 10 Uhr: Glänzende Spezialitäten:
Ivan Tschernoff. X Francois-Truppe Kelly and Abby X The Passparis Messiers
Kosmograph und Biophon.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Der Bilet-Borverkauf für die drei Weihnachts-Festtage ist eröffnet. Borverkaufgebühren werden nicht erhoben.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Salerno Meisterjongleur.
Johnson u. Dean Cake-Walk-Tänzer.
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
The Saphos Reckturnkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Little Fred Komische Hundedressur.
Kremo Familie Ikarische Spiele.
Piwitt Pierrot.
Annette Gillard erste Sängerin von der Opéra Comique in Paris.
4 Schwestern Merkel Equilibristen.
Bokken Lasso Strassensängerin.
„Pariser Luft“ Ballettdivertissement.
Biograph mit neuen interess. Aufn.

Sanssouci.

Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängler.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theaterabend.

Trianon-Theater.

Geargenstrasse, zwischen Friedrich- und Nubersplatzstrasse.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen

Stettiner Sängler.
Weihnachts-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Im Kaiseraal:
Rudolf Schausaal:
Sunkler - Ensemble
„Nordsterne“.
Kasseneröffnung 5 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
In den unteren Sälen
um 6 Uhr:
Militär - Konzert.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 20. Dezember, 2 1/4 Uhr:
Metropol-Theater. | **Lessing-Theater.**
15./16. Abteilung. | 8./9. Abteilung.
Der Widerspenstigen Zähmung. | **Ein Verbrecher.**

General-Versammlung.

Nur Mitglieder haben Zutritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.
Tages-Ordnung: **Vortrag.** Eduard Fuchs: Die Bedeutung der Karikatur für das öffentliche Leben. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion. Wahl eines Revisors. Verschiedenes.
Ordnersitzung: Sonnabend, 19. Dezember, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Kostüm-Fest

am 9. Januar 1904 in der Neuen Welt (Hasenheide).
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen. Anfang 9 Uhr.
Näheres ist in den Bekanntmachungen ersichtlich, die in den beiden Theatern bei den Ordnern ausliegen.
230/13 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 27. Dezember (3. Weihnachts-Feiertag), nachm. 3 Uhr:
Extra-Vorstellung im Neuen Theater:
„Salome.“ Vorher „Logik des Herzens.“
Schauspiel von Oscar Wilde. Lustspiel von Pierr und Caillavet.

„Nachtasyl.“

Freitag, den 1. Januar (Neujahr), nachmittags 3 Uhr:
Drama von Ragini Gorki.
Eintrittskarten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind in allen Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben.

Neuen Theater

Die ordentlichen Vereinsvorstellungen für Januar finden am 3., 10., 17., 24. und 31. Januar im
„Der Strom.“ Drama von Max Halbe.
Eine neue Abteilung wird im Januar eröffnet. Mitglieder zur linken Abteilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen. Das Einschreibgeld beträgt 1 M., der monatliche Vorstellungsbeitrag 80 Pf.
Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neft, Betenauerstr. 6.

Herrnfeld Ost-Casino

Anfang Theater. Sonntags 8 Uhr. 7 1/2 Uhr.
Inh.: Carl Pirnan.
106, Frankfurter Allee 106.
Empfehle meine Säle für Festlichkeiten unter günstigen Bedingungen.

Papa Noa.

Im Restaurant täglich:
Grosses Künstler-Konzert.
Familien-Verkehr.
36842

„Viktoria-Säle“

Moabit, Verlebergerstrasse 14.
an einigen Sonnabenden noch frei!

Billig! Billig! Blusen Kostümröcke

verkauft zu jedem annehmbaren Preis an Private
425b
Fabrik Kurstr. 22 II.

BLUTARMEN u. KRANKEN

ärztlich empfohlen
p Flasche
FEURIG SÜSSER KRAFT-ROTWEIN
1-50 und 2 Mark.
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

Billigste Photographische Handlung.

Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6 x 9, mit Zeit- und Momentverschluss, 4,00 M. Hochlegant für 6 Aufnahmen, 9 x 12, mit 2 Spiegelversuchen, 9,00 M.
Unerreicht! Handcamera „Germania“ für 12 Aufnahmen, 9 x 12, mit regulierbarem Zeit- und Momentverschluss und Nähhülse, 20,00 M. Derleihe etwas einfacher 15,00 M. Nussbaum - Stativ-Apparat, 9 x 12, komplett, mit Objektive-Stativ und doppelter Kasette, 10,00 M. Größe 13 x 18, mit doppeltem Boden-Auszug u. Zahntrieb, komplett 35,00 M. inkl. Apparat mit Nähhülse, Blümpchen 2,00 M. **Unterricht gratis!**
Hauptgeschäft: **Grass & Wolff, Berlin.** Filiale: Potsdamerstr. 9.
Junkerstr. 1.

Tischler-Verein zu Berlin

E. H. No. 89.
Unter Mitglied und früherer Kassierer, Herr
August Lehmann
ist nach langem schweren Leiden am 14. d. M., mittags 12 1/2 Uhr, in der Charité gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen, Freitagnachmittag 2 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
1907

Bekanntmachung

der gemeins. Orts-Krankenkasse für Mariendorf und Umgegend.
Die in der Generalversammlung vom 2. August cr. beschlossene und unter dem 12. Oktober cr. genehmigte Statuten-Änderung, betreffend die §§ 2, 3, 3a, 9, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 29, 30, 43, 45, 46, 55 und 65, tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft. Die diesbezüglichen Nachträge zum Statut sind bei unseren Geschäftsstellen des Kaiserbezirks in Empfang zu nehmen.
Wir weisen hierzu darauf hin, daß vom 1. Januar 1904 ab als Kasseneinträge für alle in Fabrikbetrieben des Kaiserbezirks beschäftigten, sowie bei den Zahlstellen Mariendorf, Siedende und Banhoff gemeldeten männlichen Personen über 16 Jahre, ausschließlich der Lehrlinge, pro Woche 54 Pfennige erhoben werden, da der ortsübliche Tagelohn für diese auf 3 Mark und das Krankengeld für die zuhörenden Tage auf 1,50 Mark festgelegt ist.
Mariendorf, 10. Dezember 1903.
279/18 **Der Vorstand.**
C. Schröder, 1. Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Die Wahl von 100 Vertretern der Arbeitgeber zur Generalversammlung findet am Montag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Bier Generationen“, Cranienstr. 69, I Et., statt.
Die Herren Arbeitgeber, welche für die von ihnen beschäftigten Kasseneinträge Beiträge aus eignen Mitteln zahlen, werden zu dieser Wahl hierdurch ersucht eingeladen.
Zustimmung über gezahlte Beiträge legitimiert.
401b
Berlin, den 16. Dezember 1903.
G. Wolf, stellvert. Vorsitzender.

Passende Weihnachtsgeschenke

Stoff-Reste
für Herren-Anzüge, Winter-Paletots, Kinder-Anzüge, Damen-Kostüme usw.
Damen-Tücher
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Ross-Strasse 2
Koch & Seeland.

Sensationelle Partie!

1000 Teppiche
echt prima Velour in 8 verschied. Mustern
Zimmergrösse . . . M. 10,50
Salongrösse . . . „ 22,50
Vorlagen . . . „ 2,75
so lange der Vorrat reicht.

Teppich-Engros-Haus

Kermann Bursch
Spandauerstr. 65-67
1. Etage, kein Laden.
Zwischen Kaiser Wilhelm- u. Bischofstrasse. [41/12]

Damen!

Ausverkauf von Paletots u. Jacketts im Engros-Geschäft von **A. Schwarz, Wassmannstrasse 1,** 1. Etage, kein Laden. Die Sachen, die früher für 8-10 M., werden jetzt nach besonderer Engros-Fällion von 4-20 M. verkauft. Nur gute Stoffe und beste Verarbeitung.
36172*

Central-Verband Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Hermann Speer
am Sonntag, den 13. Dezember im Alter von 64 Jahren verstorben ist. - Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der hl. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
I. A.: Neumann.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Hermann Speer
am Sonntag, den 13. Dezember im Alter von 64 Jahren verstorben ist. - Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der hl. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
I. A.: Neumann.

Central-Verband der Zimmerer.

(Eingeschr. Hilfskassa No. 2.)
Am Montag, den 14. Dezember verstarb nach langen Leiden unser Mitglied und ehemaliger Kassierer, der Zimmerer 259/10
Theodor Hoffmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Heidenfeldstrasse 18 nach dem Friedhofe der Auferstehungskirche in Weissenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/19 **Der Vorstand.**

Socialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, der Feilenhauer
Emil Nenky
Grenzstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Dankesfriedhofes (Blumestr.) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
200/5

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Feilenhauer
Emil Nenky
am 14. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Dankes-Friedhof, Heidenfelder Chaussee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
167/2 **Die Ortsverwaltung.**

Steinarbeiter.

Am Dienstag, den 15. d. M., starb unser Kollege
Otto Iler.
Die Beerdigung findet Freitag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des des Lützen-Kirchhofes, Neuer Hirschenbrunner Weg (Westend) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
97/7 **Der Vorstand.**

Central-Verband d. Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin u. Umgegend
Am Montag, den 14. d. M., verstarb nach langjährigem schweren Leiden unser treues Mitglied
Theodor Hoffmann
im Alter von 35 Jahren an der Lungenschwindsucht.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 Uhr vom Trauerhause Heidenfeldstrasse 18 nach dem Friedhofe der Auferstehungskirche in Weissenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/19 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(Eingeschr. Hilfskassa No. 2.)
Am Montag, den 14. Dezember verstarb nach langen Leiden unser Mitglied und ehemaliger Kassierer, der Zimmerer 259/10
Theodor Hoffmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause Heidenfeldstrasse 18 nach dem Friedhofe der Auferstehungskirche in Weissenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/19 **Der Vorstand.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Hermann Speer
am Sonntag, den 13. Dezember im Alter von 64 Jahren verstorben ist. - Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der hl. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
I. A.: Neumann.

Central-Verband der Zimmerer.

(Eingeschr. Hilfskassa No. 2.)
Am Montag, den 14. Dezember verstarb nach langen Leiden unser Mitglied und ehemaliger Kassierer, der Zimmerer 259/10
Theodor Hoffmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause Heidenfeldstrasse 18 nach dem Friedhofe der Auferstehungskirche in Weissenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/19 **Der Vorstand.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Hermann Speer
am Sonntag, den 13. Dezember im Alter von 64 Jahren verstorben ist. - Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der hl. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
I. A.: Neumann.

Central-Verband der Zimmerer.

(Eingeschr. Hilfskassa No. 2.)
Am Montag, den 14. Dezember verstarb nach langen Leiden unser Mitglied und ehemaliger Kassierer, der Zimmerer 259/10
Theodor Hoffmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause Heidenfeldstrasse 18 nach dem Friedhofe der Auferstehungskirche in Weissenhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/19 **Der Vorstand.**

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Hermann Speer
am Sonntag, den 13. Dezember im Alter von 64 Jahren verstorben ist. - Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der hl. Kreuz-Gemeinde in Mariendorf.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
I. A.: Neumann.

Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr
finden in Berlin und Umgegend

23 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

- 1. Kreis:**
Industrie-Festhale, Beuthstr. 20/21.
 - 2. Kreis:**
Kliem, Hafensheide 13.
Berl. Vorkauferei, Am Tempelh. Berg
 - 3. Kreis:**
Berliner Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15.
 - 4. Kreis (Süd-Ost):**
Urania, Wrangelstraße 9/10.
 - 4. Kreis (Ost):**
Keller, Koppenstraße 29.
 - 5. Kreis:**
Brauerei Lippz, Am Friedrichshain.
 - 6. Kreis:**
Brauerei Königstadt, Schön. Allee 10/11.
Ewinemünder Gesellschaftshaus,
Ewinemünderstr. 42.
Eiskeller, Chausseestraße 88.
Ahrens Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Tempelhof:**
Gasthaus Stadt Dresden,
Berlinerstr. 33.

- Charlottenburg:**
Volkshaus, Rosinenstraße 3.
- Schöneberg:**
Obst' Festhale, Meiningenstraße 8.
- Wilmerdorf:**
Volksgarten, Emil Witte, Berlinerstraße 40.
- Rixdorf:**
Victoria-Säle, Hermannstraße 48/49.
Thiel, Bergstraße 151/152.
- Lichtenberg:**
Höflich's Schwarzer Adler,
Frankfurter Chaussee 120.
- Pankow:**
Ebersbach „Zum Kurfürsten“,
Berlinerstraße 102.
- Reinickendorf:**
Restaur. Sadau, Residenzstraße 124.
- Rummelsburg:**
Bwe. Weigel, Türschmidtstraße 45.
- Weissensee:**
Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150
- Cöpenick:**
Scheers Wilhelmsgarten.

Referenten: Die sächsischen Reichstags-Abgeordneten **S. Fischer, Fräsdorf, Gerisch, Goldstein, Geyer, Grenz, Gradnauer, Kaden, Lipinski, Rogorow, Schöpflin, Sindermann, Stolle, Stücklen**, die Reichstags-Abgeordneten **Baudert, R. Fischer-Berlin, Förster, Lesche, Südekum, Zubeil** und Genosse **Rössel**.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

Der Kampf in Grimnitschan.

Freie Diskussion.

Arbeiter! Parteigenossen! In der brutalsten Weise hat das Unternehmertum seine wirtschaftliche Macht gebraucht und jetzt kurz vor Weihnachten die Ausperrungen vorgenommen. Beweist, daß Euer Solidaritätsgefühl stärker ist, als die Macht des Geldsacks. Kommt Mann für Mann in die Versammlungen und sorgt für Munition.

Die soc. Vertrauensleute Berlins und Umgegend.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.
Sektion der Gips- und Cementbranche
Gruppe der „Cementierer“.
Sonntag, den 20. Dezember 1903, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Wille, Brunnenstraße 188.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben!
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig. —
Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.
Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Reminikallen,
Kommandantenstr. 20:
Branchen-Versammlung der Mechaniker.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Dr. Max Schütte. 2. Diskussion. 3. Verbands-
Angelegenheiten. 4. Beschlüsse.
Es ist Pflicht der Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
167/1 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ich auch in diesem Jahre für
die organisierten Glasmacher in Lauscha den Verkauf von
Christbaumschmuck
übernommen habe.
Fr. Zubeil, Elisabeth-Ufer 21,
drei Treppen.

Kleinau & Borchardt,
Mathieustr. 13 (Eingang auch Ritterstr. 36).
— Galanterie-, Leder- und Broncewaren. —
Reisemuster-Verkauf
bis 24. Dezember.

Album, Schreibmappen, Postkarten-Album, Reise-Artikel,
Rahmen, Nippes-Porzellan, Nippes-Bronce, Damentaschen,
Portemonnaies, Cigarren-Etuies, Brieftaschen, Visites etc.

Älteste Uhren-Handlung
Besteht seit 1860. Berlin S. Besteht seit 1860.

152 am Moritzplatz, Granienstrassen-Ecke
Gustav Scharnow
Uhrmacher. 36812*
Gr. Auswahl. 5jähr. Gar. lie. Verzügl. Fabrikate.
Goldene Damen-Remonloir-Uhren von 15 M. an
Silberne Cylinder-Remonloir-Uhren „ 8 „ „
Regulatoren, 14 Tage gehend „ 12 „ „
Das langjährige Bestehen des Geschäfts
bürgt für Lieferung reeller Waren.

Herren-Moden
eleg. Ausführens, geringe Zeit-
zahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47 II.
direkt am Alexanderplatz.
Uhren, Brillanten, Goldwaren, Be-
deutend unter regulärem
Preis. Reihhaus Graß, Beuthstr. 5. *

Vorwärts-Buchhandlung

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden!

Als Weihnachtsgabe für unsere Leser empfehlen wir:

Porträts von Marx, Engels u. Lassalle

Drei Kunstblätter in Kupferdrucker auf chinesischem Papier.
Plattengröße: 39 x 52 Centimeter. Kartongröße 85 x 65 Centimeter.
Diese Blätter, von einem der ersten Berliner Radierkünstler
ausgeführt, würden im Kunsthandel pro Blatt nicht unter 15-20 Mk.
geliefert werden; um nun auch den Arbeitern zu ermöglichen, ihr
Heim mit wirklich künstlerischen Bildern zu schmücken, liefern wir
unsere Abonnenten diese

Kunstblätter zu einem Vorzugspreise.

Jeder Abonnent erhält auf Bestellung die drei Kupferdrucker
von Marx, Engels und Lassalle im Werte von mindestens 30-40 Mk.
zu dem Vorzugspreise von 7,50 Mk.

Die Freiheit führt das Volk.

Plattengröße 61 x 51 Centimeter. Kartongröße 85 x 72 Centimeter.
Kupfer-Gravüre nach dem Gemälde E. Delacroix
Liefere mir bis Weihnachten anstatt für 6 Mk. für 5 Mk.

Bonbons, Konfitüren, Marzipan,

Baumbehang
empfehlen
35212* **F. Reinsch,** Elsasserstrasse 22
(Ede Gartenstraße).

Dr. Schünemann | **Dr. Simmel,** Prinzen-
Spezialarzt für Haut-, Haar- und Str. 41.
Krankheiten, Seydelstr. 9. | Spezialarzt für (41/10)
1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11 | Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Praktische Weihnachtsgeschenke

liefert in Flaschen, elegant ausgestattet und in
bekannt nur besten Qualitäten, als wie:

**Obstweine, Fruchtsäfte, feine
Liqueure, Rum, Arac, Cognac**
per Ltr. von 2 Mk. an.

Alle Sorten 3685L*
Punsch- und Bowlen-Extrakte.
Gutgepflegte Bordeaux-, Rhein- u. Moselweine.
Cypern-Wein, ein Labstrunk, p. Literfl. 2.25.

GEORG ANDREE,
Berlin C. 25, Prenzlauerstrasse 1/2.

Man verlange Preislisten!



Schön braun
werden Braten, Fische etc., wenn
als Ersatz für Naturbutter

„Solo“

Margarine genommen wird. In der Wärme schmilzt
sie unter Entwicklung eines lieblichen Butteraromas
wie Schrahmbutter und schäumt auch wie diese; von
Speiser oder Bräufeln, wie solches bei anderer Margarine
der Fall, ist bei „Solo“ keine Spur.

Überall erhältlich!

Sonder-Verkauf
einer echter
**Plüsch-
Teppiche**

Pull- u. Bettvorlagen
Pa. Qualität! (kein Axminster)
ca. 40 pCt. unter Preis!

130x200 cm M.	15 ⁰⁰	bish. 19 ⁰⁰
165x230	23 ⁵⁰	33 ⁰⁰
200x300	37 ⁵⁰	56 ⁰⁰
250x350	49 ⁵⁰	78 ⁰⁰
55x120	3 ⁸⁵	5 ⁰⁰
65x135	4 ²⁵	6 ⁰⁰

so weit Vorrat reicht.

Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre

Berlin Granienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog mit ca. 600
Illustrat.
auf Wunsch gratis u. franco.

Bis Weihnachten
auch Sonntags geöffnet.

Badener Lotterie
zur Hebung der Zucht von
Wagenpferden.
4500 Gewinne i. W. v. Mk.

100,000
Loose à 1 M. — 11 Stück 10 M.
(Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.,
G. m. b. H., Bank-Geschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.

Filialen: (ausst.)
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46 a.
SO. Granienstr. 177.

Verlag v. Max Richter, Berlin SO. 36.
Seben erschienen II. Aufl. Preis 1 Mk.
(auch d. alle Buchh. zu beziehen.)

Die Harnleiden,
ihre Verhütung, Behandlung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
Berlin, Königgrätzerstr. 27.
Homöop. Arzt, spec. für Haut- u.
Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Seidene Steppdecken
alle Farben.

Größe 150/200 cm,	20.-, 15.-, 12.-,	10 Mk.
Daunen-Decken.	40.-, 30.-, 25.-,	18 Mk.
Wollatlas,	10.-, 8.-, 6.-, 5.-,	4 Mk.
Excelstor-Cloth.	9.-, 8.-, 6.50,	4 75
Seidenart. Lasting.	14.-, 12.-, 9.-,	7 50
Satin, gemustert.	7.50, 6.-,	4 50
Purpur, echt rot.	5.-, 3.25,	2 50
Türkisch-Cretonne.	4.50, 3.-,	2 25

Vorjährige Muster
fast für die Hälfte des Preises.

Steppdeckenfabrik **B. Hurwitz,**
Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal.
Telephon L. 8311.

Extra-Preise A. Wertheim

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

soweit der Vorrat reicht:

Galanteriewaren

- Schreibtisch-Uhren mit Thermometer, Kunstguss galvanis. 2.75
- Likör-Services langes Tablett mit 6 Gläsern, vernickelt 2.75
- Likör-Services grün, Eiche-Tablette mit 6 Sportgläsern 4 Mk.
- Moderne Glasvasen mit Bronze montiert 45 u. 90 Pf.
- Porzellan-Urnen Höhe ca. 24 26 33 cm dekoriert, mit Bronze montiert 2 Mk. 2.50 3.50 regulär 3.25 3.50 5 Mk.
- Abreisskalender mit Metallständer 25 Pf.
- Federschalen Kunstguss, vernickelt 45 Pf.

Moderne Zinngefäße:

- Butterdosen mit Glaseinsatz 2.65, 3.90 Mk.
- Teeglashalter mit Glas 1.65 Mk.
- Brotkörbe 2.65 Mk.
- Likörservices langes Tablett mit 6 Bechern 3.90 Mk.
- Vasen 90 Pf.
- Pfeffer- u. Salzstreuer mit farb. Glaseinsatz 40 Pf.

Glacé-

Handschuhe

- für Damen 3 Paar im Karton 3.90 4.65 5.40 Ziegenleder 8.25

Regenschirme

- Damenschirme mit Futtermal Gloria Silbergriff Halbseld. seid. Serge 3.25 4.50 4.25 7.25
- Neuheit! Metallstock und Portemonnaie, elegant 4.90 reinseiden, langer Silbergriff 8.50
- Herrenschirme mit Futtermal Gloria Silbergriff Halbseld. seid. Serge 3.25 5.50 4.25 7.25

Lederwaren

- Portemonnaies für Damen, Leder m. Lederf. 85, 1.40, 2.65
- „ (Kombination) mit Visitenkartentasche, Notiztafel u. Bleistift 1.90
- Portemonnaies für Herren, Leder m. Lederf. 85, 1.40, 2.65
- Portemonnaie-Kalender m. Lederdeckel 5 Pf.
- Cigarrentaschen Leder mit Lederfutter und vernickelt. Bügel 90 Pf.
- Cigarrentaschen Longrainleder mit Lederfutter u. Metallauflage 1.75
- Cigarrentaschen Juchten-, Seehund- oder Rindleder mit Lederfutter 2.25
- Photographie-Album Leder, f. Kabinett und Visitbilder 1.35
- Photographie-Album Leder od. Plüsch mit modern Beschläg 2.65

Kaliko m. modern. farb. Zeichnungen

- Handschuhkasten 85 Pf.
- Geldkassetten mit Schloss und 3 Notizbüchern 85 Pf.
- Immerwährender Kalender 85 Pf.
- Schreibmappen 75 Pf. Notizbücher 35 Pf.
- Photographie-Rahmen Visit 45, Kabi- 75 Pf. nett
- Familienrahmen m. Seidenfutter 2.75 Mk.

Gefüllte Nähkästen 42, 70, 90 Pf., 1.60, 2.15, 2.50 Mk.

Am nächsten Sonntag sind unsre Geschäftshäuser nur von 1 bis 5 Uhr geöffnet.

Musikwerke
mit Klavierbegleitung u. auswechselbaren Notenscheiben, soliste Fäden, schöne Familienunterhaltung, geringe Teilzahlung.
J. KURZBERG, Neue Königstr. 47 II.
direkt am Alexanderplatz.

Neujahrs-Karten,
Weihnachts- und Ansichtskarten, altbekannt für Geschenke, Händler.
J. Jaffé, Rosenfelderstr. 56.
früher Knausstraße.

Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau,
Oranienstrasse 30,
Ecke Adalbertstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Möbel-Fabrik
Fechner & Preidel
Berlin C., Neue Schönhauser Strasse 2,
am Hackeschen Markt, im Fabrikgebäude. [3661L*]
Komplette Einrichtungen.
Einfache und elegante Möbel.

Weihnachtsgeschenke!

Bauerntische	M. 2.50
Diplomat. Schreibtisch, gross	62.-
Frankfurter	52.-
Trumeau mit geschliff. Glas	42.-
Nächtische, Schreibstühle	12.-
Panelbretter, halbnussbaum	1.80-12.-
Schaukelstühle, Ruhebetten, Serviertische, Büffets, Küchen-Einrichtungen.	

Verlangen Sie Preisliste gratis und franco.

5 Jahre Garantie.
Abends bis 9 Uhr, Sonntags bis 8 Uhr geöffnet.

Dieser Schrank, echt Nussbaum M. 48.-
Ebenso das dazu passende Vertiko.

Diese Bettstelle, Nussbaum, mit Matratze 49.- und Korkissen, Mk.

Vorwärts-Buchhandlung

Str., Lindenstrasse 69, Laden.

Sillige Klassiker-Ausgaben:

Börne, in Leinen, 3 Bände 6.-	Kleist, in Leinen, 1 Band 1.75
in Halbleder, 3 9.50	Körner, in Leinen, 1 Band 1.80
Bürger, in Leinen, 1 Band 1.75	in Halbleder, 1 2.40
in Halbleder, 1 2.75	Lenau, in Leinen, 1 Band 1.75
Brinckmann, in Leinen, 1 Bd. 2.-	in Halbleder, 1 2.70
in Halbled., 1 3.-	Lessing, in Leinen, 3 Bände 5.-
Chamisso, in Leinen, 1 Band 1.75	in Halbled., 3 7.50
in Halbled., 1 2.70	Ludwig, in Halbleder, 2 Bb. 6.-
Eichendorff, in Leinen, 2 Bb. 3.50	Novalis ausgewählte Werke in Leinen, 1 Band 2.-
ausgewählte Werke in Leinen, 1 Band 1.25	in Halbled., 1 3.-
Freiligrath, in Leinen, 3 Bb. 15.-	Reuter, billige Volksausgabe, in Leinen, 4 Bände 10.-
Gaudy, in Leinen, 1 Band 1.50	in Leinen, 8 12.-
Goethe, in Leinen, 4 Bände 6.-	in Leinen, 8 12.-
in 6 10.-	Rückert, in Leinen, 3 Bände 6.-
in Halbled., 6 15.-	Schiller, in Leinen, 4 Bände 6.-
Grillparzers Meisterdramen in Leinen, 1 Band 1.75	in Halbled., 4 9.50
Hauff, in Leinen, 2 Bände 3.50	Shakespeare, in Leinen, 4 Bb. 6.-
Hebel, in Leinen, 4 Bände 6.-	in Halbled., 4 Bb. 9.50
Heine, in Leinen, 4 Bände 6.-	Stifter, in Leinen, 4 Bände 6.-
in Halbleder, 4 9.50	Storm, in Leinen, 4 Bände 24.-
Hoffmann, in Leinen, 4 Bb. 8.-	Uhland, in Leinen, 1 Band 1.75
	in Halbleder, 1 2.70

Wovon lebt der Mensch?

Hygienische Frage für Hausfrauen.
Von Amélie Duplessis.
(Nachdruck verboten.)

Einer der bedeutendsten Hygieniker sagt sehr richtig: „Der Mensch lebt nicht von dem, was er isst, sondern von dem, was er verdaut.“

Unsre jetzige Lebensweise macht aber die Hälfte aller Kulturmenschen, wenn auch nicht ausgesprochen krank, so doch in gewissem Grade leidend; besonders Verdauungs- und Verdauungsbeschwerden sind weit verbreitet, letztere meist infolge falcher Ernährung. Die richtige gesundheitsförderliche Nahrung muss aus einer Mischung verschiedener Nahrungsmittel bestehen, in welcher Eiweiß, Fett, Stärkehydrate, Wasser und Salze in entsprechendem Verhältnis vertreten sind.

Der wesentlichste Nährstoff ist nach allgemeiner Auffassung das Protein (Eiweißstoffe, Albuminate), welches zur Erhaltung des Lebens durchaus notwendig ist, und von dem die Leistungsfähigkeit des Organismus gumeist abhängt. Die in der Nahrung dem Körper zugeführten eiweißartigen Substanzen können ihre Aufgabe aber nur dann erfüllen, wenn sie durch die Verdauung genügend löslich gemacht sind, was bei vielen Speisen aber nicht erfolgt; es bleibt dann ein großer Teil ihres Eiweißgehaltes unverbaut und der Körper leidet Mangel an Eiweiß.

So ist es auch bei dem in unsrer Ernährung einen Hauptfaktor bildenden Fleisch, welches zwar sehr nahrhaft, aber auch schwer verdaulich ist, weshalb es auch dort, wo es einen Hauptteil der Nahrung bildet, Verdauungsbeschwerden häufig sind. Diese werden noch vermehrt durch das bei vielen Groß-

nährern wegen Rauges an Fett sehr harte Essen, wobei die Speisen — besonders das Fleisch — ungenügend gekaut und darum um so schlechter verdaut werden.

Die Frage ist also: Wie ist es für das Fleisch einen ebenso nahrhaften, aber leichter verdaulichen Ersatz?

Antwort: „Die Seezische!“ Diese enthalten nach Dr. Lehmann, dem Begründer der Nahrungstheorie, mehr Nährsalze als das Fleisch, und nach einer vom Weichenthal Professor Dr. F. König verfassten tabellarischen Aufstellung enthält z. B. der Seezisch (getrockneter Seezisch) am meisten Stickstoffsubstanz (Protein) von allen menschlichen Nahrungsmitteln.

Die genannten beiden Autoritäten gehen von verschiedener Ansicht aus. Lehmann sagt: — das uns den nötigen Eiweiß enthalten alle Nahrungsmittel schon genügend, dagegen fehlen uns die Mineralstoffe (Nährsalze). — König sagt: — Protein (Eiweißstoff) hat die größte Bedeutung für die Ernährung. Beide sind aber beizweifelnd der Seezische derselben Ansicht und bezeichnen sie als sehr nahrhaft und leicht verdaulich, womit alle Lehrer der Diätetik übereinstimmen. Gegen diese Thatsache ist also nichts einzuwenden!

Wenn trotzdem in Berlin die Seezische noch nicht zu dem allgemein eingeführten Nahrungsmitteln zählen, so ist dies nur eine Folge des Festhaltens an Vorurteilen, von denen sich viele Hausfrauen nicht trennen können.

Durch die bis vor einigen Jahren große Schwierigkeit des Transports von den Küsten nach hierher, waren nämlich Seezische früher ziemlich teuer, galten für einen Luxusartikel und werden irrtümlich auch jetzt noch dafür gehalten. Das hat sich aber völlig ge-

ändert, seitdem die Deutsche Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“ zu Nordenham hier in Berlin am Bahnhof Börse (Bogen 9/10) ein großes Verkaufsgeschäft eröffnet hat, dem durch eigene Kühlwagen täglich frische Seezische der Güte zugesetzt.

Die Gesellschaft „Nordsee“ ist die größte Hochseefischerei Deutschlands, welche über eine Flotte von 20 eigenen Fischdampfern verfügt, die ihr eine gewaltige Menge von Seezischen aller Art täglich herbeibringen, welche zu exceptionell billigen Preisen an verschiedene Märkte Europas gelangen. Um nur ein Beispiel anzuführen, kostet der besonders nahrhafte Seezisch in Kabeikan nur 15 bis 30 Pf.; — alle sonstigen Arten Seezische zu entsprechend ebenso billigen Tagespreisen.

Nur den bekannnten Seezischen liefert die Gesellschaft „Nordsee“ noch verschiedene in entfernteren Gegenden erst neuerdings gefundene, aber noch nicht eingeführte Arten, wie Kleinfisch, Seezarpfen, Marfisch, Sonnenfisch etc.

Alle diese Seezische, welche im ganzen und auch plundweise verkauft werden, haben also folgende wichtigen Vorzüge:

- 1) Höchste Nährkraft
- 2) Leicht verdaulichkeit
- 3) Sehr billige Preise
- 4) Sehr billige Preise

welche bei der jetzigen Teuerung des Fleisches gewiss von hoher Bedeutung sind, und 4) fehlen den Seezischen die kleineren Sorten, so dass sie selbst von Kindern gefahrlos gegessen werden können. Außerdem ist zu beachten, dass sie nur 15 Minuten Kochzeit bedürfen, wobei gegen das zwei Stunden auf dem Feuer befindliche Rindfleisch auch erheblich an Brennmaterial gespart wird.

Die vielen im Sommer nach der Ost- und Nordsee reisenden Berliner essen dort oft und gern Seezische, weil sie ihnen vortrefflich munden. Hier in Berlin be-

günstigt man sich aber damit, Seezische fast nur bei größeren Dinern und Soupers als Delikatessen-Angebotung zu servieren zu lassen, doch für den täglichen Familienbedarf werden sie viel zu wenig beachtet.

In großen Haushalten und häuslichen Instituten, besonders in Krankenhäusern und Heilanstalten, hat man schon lange die Superiorität der Seezische als Nahrungsmittel erkannt, und was den Kranken und Nervenanerkeren zur Stärkung gereicht wird, das ist sicher auch für gesunde Menschen höchstbedeutend.

Auch für das Abendessen, dessen Zusammenstellung den Hausfrauen oft Schwierigkeiten macht, bieten sie reichlich Abwechslung, denn die Gesellschaft „Nordsee“ liefert geräucherter und marinierte Seezische, sowie Fisch-Konserveen (z. B. Fisch-Cotelette, Fischsalat, Fisch und Forellen in Sauce etc.) in großer Mannigfaltigkeit und gleichfalls zu sehr billigen Preisen.

Außer ihrem Hauptgeschäft am Bahnhof Börse hält die Deutsche Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“ in Berlin noch zwei Verkaufsstellen: Bringenstraße 30 (nahe Kochplatz) und Radobitzstraße 22 (im Schillingischen Bahnhof), und überlässt den Käufern vollkommen ein Recht mit 100 Einleitungen für die Zubereitung von Seezischen und allerlei daraus herzustellenden schmackhaften Gerichten.

Jede praktische Hausfrau, welche ihrer Familie eine nahrhafte, leicht verdauliche und durch den billigen Preis in abweichender Form häufig zu wiederholender schmackhafte Nahrung zuwenden will, magde darum zunächst nur einige Versuche mit den Seezischen der genannten Gesellschaft, und sie wird unbedingt die hierdurch sich ergebende wesentliche Förderung des Familienwohlstandes und des Sittlichkeits-Standes anerkennen.